

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer 10 Pf.
Wochenpreis 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Kummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (ein-
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verulbrecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 19. Januar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verulbrecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Wahlrechtsdemonstration der
Hamburger Arbeiter.

Am Mittwoch haben die Hamburger Genossen in er-
hebender Weise Zeugnis abgelegt von ihrer Stärke, ihrer
Willenskraft, ihrer Opferfähigkeit, ihrem Idealismus.

Wie wir schon mitteilten, waren alle acht Versammlungen,
die nachmittags 4 Uhr begannen, überfüllt. Wohl 30 000
Personen hatten Einlass gefunden, während mindestens
50 000 Wahlrechtsträger vor den Lokalen und in den
Straßen auf- und abzogen.

Überall kam der Protest gegen das plutokratische Re-
giment in der Hanseatenrepublik scharf zum Ausdruck. Nach
Schluß der Versammlungen wogten die Menschenmassen dem
Rathause, dem Sitz des Parlaments, zu, das von Hunderten
von Polizeibeamten bewacht wurde. Als um 7 1/2 Uhr abends
die Wahlrechtsdebatte begann, waren sämtliche Zugangsstraßen
zum Rathausmarkt von dichten Menschenmassen besetzt, so daß
Straßenbahnen und Fuhrwerke in der inneren Stadt den Ver-
kehr einstellen mußten! Die Wahlrechtsdemonstranten selbst
verhielten sich ruhig; schreibt doch selbst der „Hamb. Corresp.“:
„Im allgemeinen hielten sich die erwachsenen Leute ruhig und
gaben ihren Unwillen über die Ausschreitungen der jungen
Leute kund.“ Sowohl die jungen Burschen, die „Halb-
starke“, wie sie in Hamburg genannt werden, der Jan-
bagel, der Mob, der überall — bei patriotischen Feiern be-
sonders — stark vertreten ist und Staffage bildet, war es,
der sich unliebsam durch Rabau und grobe Flegelgeien be-
merkbar machte. Die „Hamb. Nachrichten“ entblöden sich
dessen ungeachtet nicht, die Ausschreitungen jener Burschen
eine „Kraftprobe der Sozialdemokratie“ zu nennen, die von
revolutionärer Barrikadenstimmung befeuert gewesen sei! Die
Sozialdemokratie werde versuchen, die Schuld dem Pöbel in
die Schuhe zu schieben, aber Pöbel und Sozialdemokratie sei
hier schwer zu trennen; unsere Partei trage die moralische
Verantwortung für die Ereignisse!

Nun — Schreiber dieser Zeilen war Augenzeuge der
Ausschreitungen, die darauf zurückzuführen sind, daß die
Postierung der Schutzeleute alles eher als genial angelegt war:
Vom Fischmarkt bis zum Rattrepel und Schopensteil war
kein Polizist zu erblicken, obwohl dort täglich die „halbstarken“
Radaubröder ihr Unwesen treiben. Um 8 Uhr abends fing
in dieser Gegend das Gejohle der Burschen an, die dann zur
„Offensive“ übergingen, die Polizeibeamten herbeilockten und
mit Steinen, Ratten, Flaschen und anderen Wurfgeschossen
bombardierten. Die Polizisten zogen blank, und auf beiden
Seiten gab es Verletzte. Wie in den meisten Fällen, so
wurden auch hier hauptsächlich Neugierige verwundet, von
denen zehn in einer Apotheke verbunden werden mußten,
während die „Halbstarken“ geschickt den Säbelhieben aus-
wichen und weiteren Unfug verübten, Fenstersteine ein-
warfen, Urnat herbeischleppten und in Brand setzten, Gas-
laternen zertrümmerten, nach Straßenbahnen warfen, so daß
diese den Betrieb ganz einstellen. Auch fiel eine Anzahl
Revolverschüsse, durch die aber niemand verletzt wurde. Und
diese Radaubröder sucht man der Sozialdemokratie an die
Rodscheibe zu hängen!

So lange das Parlament tagte, verhielten sich die Polizei-
beamten ziemlich taftvoll. Aber um 11 Uhr abends ging das
„Säubern“ der Straßen los, wie es polizeitechnisch genannt
wird. Die Polizisten verfahren jetzt nach demokratischen Grund-
sätzen; dem jeder, der vor die Klinge kam, wurde ver-
bimt. Ein beim Berliner Bahnhof ruhig seines Weges
gehender Mann erhielt von hinten Säbelhiebe! Ein Hamburger
Volksvertreter, der diesen Vorgang beobachtete, fragte den
einen Polizeibeamten, ob sie Instruktion erhalten hätten, auf
jeden ruhigen Passanten einzuschlagen. Antwort: „Nein, nur
auf die Renitenten.“ Der Volksvertreter: „Sehen Sie, da
wird wieder ein Mann von hinten geschlagen.“ Polizist (ver-
legen): „Ich weiß nicht, was —“ In diesem Augenblick
kommt ein anderer Beamter hinzu und sagt (auf den Volks-
vertreter zeigend) zu seinem Kollegen: „Nau doch dem Kerl
ein paar rüber!“, verschwindet aber sofort, als der also Auf-
geforderte seinem „mutigen“ Kollegen einen Wink gab. Auch
Frauen erhielten Säbelhiebe.

Freiheitslieder singend zog in später Stunde ein Zug von
etwa 6000 Arbeitern vor unser Parteigeschäft in der Fehlandt-
straße und brachte ein Hoch auf die Sozialdemokratie und auf
die Gleichberechtigung aller Staatsbürger aus.

Die „Neue Hamb. Ztg.“ teilt folgendes mit: „In an-
genehmen Gegensatz zu jenen schlimmen Ausritten stellte sich
ein Demonstrationszug, den etwa 3000 Arbeiter nach der
Wohnung unseres präsidierenden Bürgermeisters Dr. Burghard
unternahmen. Als die Menge vor dem Hause Posto saßte,
erhielt der Bürgermeister, der bekanntlich im Senat zu den
Begütern der Wahlrechtsvorlage gehören soll, auf dem Balkon
und redete den Arbeitern zu, jetzt als ordentliche Männer nach
Hause zu gehen; es werde sich noch alles zum Besten wenden.
Und siehe da: die Menge antwortete auf diese Ansprache mit
einem schallenden Hoch auf den Bürgermeister und auf Hamburg,
und darauf bewegte sich der Zug tatsächlich weiter.“

Soweit reichen bis zur Stunde die durch unseren Ham-
burger Korrespondenten uns gemachten Mitteilungen. Mit
Fleiß hat er des öfteren die bürgerliche Presse zu Worte
kommen lassen, um zu zeigen, wie die Dinge von Beurteilern

angesehen werden, die gewiß nicht versucht sind, im Interesse
der Sozialdemokratie günstig zu färben.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt Donnerstag abend
gleichfalls Spezialberichte aus Hamburg, in denen wahrheits-
gemäß die Ausschreitungen als Pöbelerzesse hingestellt werden
und der würdevollen Ruhe der Arbeiterschaft lobend gedacht
wird. So heißt es z. B. an einer Stelle: „Der Umstand,
daß die Arbeiterschaft Hamburgs sich an der Kundgebung fast
vollständig beteiligte, sorgte dafür, daß bei der ganzen Protest-
kundgebung die Ordnung gewahrt wurde.“

Natürlich paßt dem biedereren Rosse-Blatt eine unparteiische
Darstellung der Vorgänge nicht recht in den Kram, und
so hängt es denn den Ausführungen seines Korrespondenten
wenigstens ein Schwänzchen an, von dem folgendes Stückchen
hier reproduziert sei:

„Wir sind weit entfernt davon, die Krawalle in den Straßen
Hamburgs ausschließlich (!) der Sozialdemokratie in die Schuhe
schieben zu wollen. Auch hier ist es offenbar wieder so gegangen,
daß die Pöbelinstinkte zu nächst von den besonnenen Arbeitern
im Raume gehalten wurden, daß aber zum Schluß das Straßen-
gepöbel die Oberhand gewann. Aber das vermindert die Schuld der
sozialdemokratischen Führer nicht, die zum mindesten mit dem
Feuer gespielt haben, als sie in einem so bedenklichen Augen-
blicke die Massenprotestversammlungen aufriefen. Sie mußten
wissen, daß sie damit Leidenschaften entfesselten, die sie nicht
wieder zur Ruhe bringen konnten. Insofern werden sie sich
die Konsequenzen der gestrigen Vorgänge selbst zuschreiben
haben.“

Natürlich! Man läßt eine „Schuld“ auf sich, nicht bloß
wenn man mit dem Feuer spielt, sondern wenn man
überhaupt Feuer genug hat, um sich nicht all und jedes
Attentat auf Menschenwürde und Staatsbürgerrechte gefallen
zu lassen. Wenn es nach den „Männern“ vom „Tageblatt“
ginge, dann schloßen wir ewig jenen „gefunten Pflanzenfresser“,
den Heine in seinem Gedichte „Zur Veruhigung“ so trefflich
gepeitscht hat. Lebrigens folgt dem „Einerseits“ des Rosse-
Blattes das „Andererseits“: ein leiser Tadel gegen die
„intellektuellen Urheber“ der Krawalle, jene „Volksheinde, die
in einer gärenden Zeit den frivolen Versuch machten, das
Hamburger Wahlrecht zu verschlechtern. . . . Ein solcher
Vorschlag mußte erbitternd wirken, und die Hamburger Schar-
macher konnten nicht im Zweifel darüber sein, daß er er-
bitternd wirken würde. Wenn sie trotzdem versuchten, ihn
durchzuführen, so haben sie das Recht verwirkt, sich vor die
Öffentlichkeit hinzustellen und ihre Hände in Unschuld zu
waschen.“

Und die Moral von der Geschicht' ist für das freisinnige
Berliner Blatt das Zugeständnis der Notwendigkeit, die Wahl-
rechtsvorlage fallen zu lassen:

„Wer hat denn den Hamburgern diesen Floß ins Ohr gesetzt?
Sollten sie das Verlöbnis für eine Beilegung des
Reichstagswahlrechtes abgeben? Die Hamburger sollten sich
schämen, sich zu einer solchen Rolle herzugeben. Je schneller sie
den Fehler wieder gut machen, um so besser. Fort mit der Wahl-
rechtsverschlechterung! Das muß jetzt mehr als je die Parole
aller auch nur von einem liberalen Hauch umwehten Kreise sein.
Nur so kann man hoffen, daß die fieberhafte Erregung wieder der
ruhigen Besonnenheit in Hamburg weicht.“

O ihr freisinnigen Rosse-Seelen! Solche Zugeständnisse
„andererseits“, und doch habt ihr den Mut, den Proletariern,
die sich in heroischer Weise um die Sache des deutschen —
Värgertums verdient machen, auch nur das leiseste Wort des
Tabels entgegenzuschleudern!? Das war kein Heldentum,
Rudolfo!

Um die an den historischen Hamburger Tag sich gruppierenden
Ereignisse voll zu registrieren, müssen wir zum Schluß noch
der Mitteilungen gedenken, die im Laufe des Donnerstags aus
offiziellen Quellen tröpfelten. Wolff übermittelt folgende
Warnung, die Hamburgs Polizei „an die gesamte Bevölkerung“
richtet:

„Am Ausschreitungen und Straftaten, wie solche am 17. Januar
im Anschluß an die sozialistischen Versammlungen stattgefunden
haben, vorgegangen, werden Volksansammlungen auf den Straßen
unter keinen Umständen geduldet, sondern sofort mit allem Nach-
druck, nötigenfalls unter Anwendung von Waffengewalt seitens
der Schutzmacht zerstreut werden. Diejenigen, die den An-
ordnungen der Polizeibeamten nicht unbedingt Folge leisten, werden
sofort festgenommen.“

Ein zweites Telegramm beweist haarscharf, daß die Krawalle
der Bevölkerung eines bestimmten Viertels zuschreiben sind,
daß also die Darstellung unseres Korrespondenten durchaus
das Richtige getroffen hat. Das Telegramm lautet:

Hamburg, 18. Januar. Laut polizeilicher Bekanntmachung
müssen sämtliche Schant- und Speisewirtschaften, welche in einer
der folgenden Straßen: Schopensteil, Niederrstraße, Rattrepel,
Rohlenhofstraße, Springellwiete, Altsiedlerstraße, Fischertwiete und
Debenau belegen sind, von heute ab bis auf weiteres um 6 Uhr
nachmittags geschlossen werden.

Zum Schluß noch eins: Man hat den läppischen Versuch
gemacht, die Hamburger Arbeiter durch Aussperungs-
drohungen einzuschüchtern. Naive Gemüter glaubten, wenn
sie drohten, den Proletariern den Brotkorb bis zum 22. Januar
höher zu hängen, dann würden sie alle zu Kreuze kriechen,
die vielen Laufende und Alberten von Arbeitern
Groß-Hamburgs. Die „edlen“ Herren haben sich
wieder einmal getäuscht und blamiert; denn sie
haben nicht den Mut, der Tapferkeit, der Selbst-
verleugnung des Proletariats die Entschlossenheit entgegen-
zusetzen: auf eine Woche den Mehrwert fahren zu

lassen, den ihnen die fleißigen Arbeitsketten tagaus nachtein
verdienen müssen. Aus der angeführten Kriensausperrung
ist ein kleines Flache-Demonstrationen geworden: 6000 Ar-
beiter hat man für einige Tage aufs Pflaster gesetzt. Und das
Personal der Alsterdampfsboote hat sich sogar den jetzigen
Augenblick als passend ersehen, die Bewilligung von Lohn-
erhöhungen zur Vorbedingung der Wiederaufnahme des Fahr-
dienstes zu machen!

Wadere Kämpfer! Mit Euch wollen es jene Herr-
schaften aufnehmen, die — bar jeder tieferen idealistischen
Regung — einzig und allein ihres Geldbeutel's Interesse zum
Barometer ihrer Handlungen machen?

Wir dürfen ruhig schlafen. Die Sache der Entwicklung
des Freiheits-, des Gleichheits-, des Brüderlichkeitsgedankens
ruht beim deutschen, beim internationalen Proletariat in den
allerallerbesten Händen.

Nachbemerkung: Bei Redaktionsschluß geht uns eine längere
Privatdepesche zu, der wir für heute nur noch folgendes entnehmen
können: Der verwundete Schutzmann Garbke ist nicht — wie es
zuerst hieß — tot, sondern liegt 5 e w u h 11 o 8 danieder.

Des Geistes Kinder, die Radaubröder in Wirklichkeit waren,
geht daraus hervor, daß sie auch das Eigentum von Arbeitern: die
Einrichtung eines Konsumvereinsladens, demoliert haben.

Das „Echo“ war in Hamburg so begehrt, daß es in einer Auf-
lage von 160 000 Exemplaren hergestellt werden mußte!

Zur Klassenjustiz und Klassenmoral.

Die Justiz ist gegen die Arbeiterklasse mobil gemacht. Mit
großer bei der preussischen Justiz bei wirklichen Straftaten nicht
gewohnter Schnelligkeit werden Anklagen erhoben, Verhaftungen
verfügt, Urteile mit drakonischen Strafen und mit Begründungen,
die dem gesunden Rechtsempfinden fern stehen, gefällt. Wegen
und wegen der politischen Betätigung der Arbeiterklasse ist Frau
Justitia mobil gemacht. Einige Beispiele seien herausgegriffen: In
Dresden wird wegen eines am 5. Dezember erschienenen Artikels bereits
am 10. Januar die ungeheure Strafe von einem Jahr wegen Aufregung zu
Gewalttätigkeiten verhängt. Die Gründe des Urteils sind ein Hin-
weis auf „die gefährliche Zeit“. In Dresden werden wegen Vor-
fälle vom 3. Dezember, die ohne Eingreifen der Polizei unmöglich
gewesen wären, fast täglich Verurteilungen — bislang bereits
22 Jahre 11 Monate Gefängnis — über vermeintliche Exzedenzen
verhängt. In Leipzig wird wegen 26 Artikel auf die „Leipziger
Volkszeitung“ gesperrt. In ganzen Reich fieberhafte Exzorsion,
welche Paragraphen gegen ein Flugblatt anzuwenden seien, das das
furchtbare Verbrechen begangen hat, auf die russischen Freiheits-
kämpfer hinzuweisen und zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts
und Erringung des allgemeinen gleichen geheimen Wahlrechts auf-
zufordern. Die Justiz in voller Tätigkeit als In-
strument der Klassenherrschaft gegen die Arbeiter-
klasse. Die Justizaktionen zeigen sich durchweg als Tendenz-
justiz. In dem Eifer, der durch den neuen Justizminister
besonders angefeuert ist, vergessen die ehrwürdigen Staatsanwälte
und Richter die fundamentalsten, einfachsten strafprozessualen Vor-
schriften. Der Justizminister hat, wie man nach seiner jahrelangen
Empfehlung in der Harden'schen „Zukunft“ nicht anders erwarten
konnte, bereits bei seinem ersten Auftreten sich als würdiger Nach-
folger eines Kampy, eines Alpy, eines Schönstedt und wie die
Handlanger der herrschenden Klasse auf dem justizministeriellen
Sessel sonst heißen mögen, gezeigt. Es ließe Wasser in das Meer
gehen, wenn man im einzelnen zerpflücken wollte, wie aus all' den
Justizaktionen, die in letzter Zeit gegen die Arbeiterklasse, gegen die
Sozialdemokratie unternommen sind, die nachste Le n d e n z j u s t i z
herauskommt. Auf einen einzigen nebenfälligen, aber recht
bezeichnenden Punkt sei hingewiesen. Nach § 7 Absatz 2
der Strafprozessordnung ist bei Straftaten, die durch den
Inhalt einer in Zuland erschienenen Druckschrift begründet
werden, nur dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk
die Druckschrift erschienen ist. Diese Vorschrift ist bei einer Reihe
Beschlagnahmeverfügungen verletzt. Einzelne Gerichte haben des-
halb nachträglich ihre frühere Beschlagnahme wieder aufheben
müssen.

Wie vielerlei verschiedenartige Vergehen werden in die-
selbe Druckschrift hineinkonstruiert! Grober Unfug, Aufregung
verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten, Verächtlichmachung
von Staatseinrichtungen, Aufforderung zu Gewalttätigkeiten,
Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Be-
leidigung der Majestät der Regierung oder des Dreiklassenparlaments
oder des Herrenhauses usw. — der eine Beschlagnahmebeschluss ver-
sucht diese, der andere jene Straftat dem Flugblatt zu unterstellen.
Vorständiger benennen gleich einen Hausen Delikte, die in dem Flugblatt
verborgen sein sollen. Diese Art der Beschlagnahme erinnert
an das Vorgehen jenes Leutnants, der im Jahre 1848
wegen Verdachts des Hochverrats eine Verhaftung vornahm und
zur Begründung seines Verdachts ein beschlaggenommenes weisses Stilk
Schreibpapier vorwies, das er bei dem Verhafteten gefunden hatte.
Er nahm an, daß dies weisse Stilk Papier doch Raum genug für
einen Hochverratsauftrag böte, und daß dem Verhafteten das Schreiben
solches Auftrages wohl zuzutreiben sei. Die Beschlagnahme-
beschlüsse und die Verurteilungen, die erfolgt sind, stehen
auf keiner höheren Stufe juristischer Begründung. So wie
nun einmal unsere Strafprozessordnung beschaffen ist, genügt
es ja, in den Anklagebeschluss oder in das Urteil die
Formel des betreffenden Strafgesetzbuchparagraphen hineinzu-
schreiben und festzustellen, daß der Angeklagte gegen diesen Para-
graphen gestreift habe oder des Verbrechens verdächtig sei. Die Straf-

Prozedurordnung gibt der Willkür des Richters den breitesten Raum, die man freilich pflichtgemäßes Ermessen zu nennen liebt. Zur Verfolgung steht nicht eine einzelne Person oder ihre Tat, sondern ihre Tendenz, und die Tendenz, die die Klasse verfolgt, der der Angeklagte angehört oder angehören soll. Der Despotismus der unerbittlichsten Klassenjustiz ist wachgerufen. Er zeigt aus dem Vertrauensseligen: die Gerechtigkeit ist keine blind walende Göttin, sondern eine zur höheren Ehre des Klassenrechts, der Klassenempfindung, der Klassenjustiz zu allem bereit Diener.

Die Klassenjustiz ist eines der Instrumente, mit dem die herrschende Klasse der arbeitenden Klasse Wunden zu schlagen sucht, weil diese für ihr politisches Recht kämpft und zeigt, daß sie entschlossen ist, den Kampf für ihre politischen Rechte bis zu Ende durchzuführen. Vorurteilere Verfechter der bestehenden Gesellschaftsordnung rufen noch jeder zu offener Gewalt. Der Ruf nach Gewalt ist kein neuer. Während des Sozialistengesetzes eifholl er: so forderte die „Post“ im September 1889 zu Gewalttätigkeiten gegen die arbeitende Klasse auf. Wenige Jahre später empfahl das Schwarzmacherblatt „Hamburger Nachrichten“ im innigen Bunde mit der Harden'schen „Zukunft“, einen „Adelshof“ am arbeitenden Volke vorzunehmen. Andere forderten den „starken Mann“, der der Sozialdemokratie „an die Gurgel springen soll“ usw. Die Provokationen der „Ordnungsleute“ in neuester Zeit sind ja nichts anderes als eine Wiederholung von ebendem. Sie ledigen nach brutaler Gewalt.

Zweierlei Recht, zweierlei Moralsanschauungen für die herrschende wie für die arbeitende Klasse. Ein glänzendes Zeugnis für diese Auffassung der herrschenden Klasse von Moral und Recht hat dieser Tage der Reichstagsler durch den Mund des Kriegsministers abgelegt. Der stenographische Bericht über die Sitzung vom 15. Januar 1906 liegt jetzt vor. Die betreffende Stelle geben wir nachstehend nach dem stenographischen Bericht wieder:

„Meine Herren, der Herr Abgeordnete hat dann noch gesagt, es liege hier eine außerordentliche Ueberhebung des Offizierstandes gegenüber anderen vor. Das kann ich nicht zugeben, denn nicht etwa der Offizier ist Träger des Duells; sehr weite Kreise in unserer Volks, ganz gleichgültig, welcher Konfession sie angehören, huldigen noch heute dieser Sitte. (Sehr richtig!) rechts. Widerspruch in der Mitte.) — Gewiß, meine Herren, das weiß ich, das weiß jeder, daß er, wenn er zum Duell greift, gegen göttliche und menschliche Gesetze durchaus verstößt. (Hört! hört! in der Mitte und links. Zurufe.) — Gewiß! —

Kun, meine Herren, was den Verstoß gegen die göttlichen Gesetze anlangt, so soll man demjenigen, der aus Gewissenszwang oder um seine Ehre unter keinen Umständen antworten zu lassen, dagegen verstößt, es überlassen, wenn er gläubiger Christ ist, sich mit seinem Gotte selbst abzufinden. (Wachen bei den Sozialdemokraten; Zurufe von den Sozialdemokraten und aus der Mitte.) Da haben Dritte nicht mit hineinreden. Und was das anlangt, daß er gegen die Gesetze des Staates verstößt, so wird er deshalb bestraft; das bleibt bei keinem aus. (Zurufe links.)

Meine Herren, was den zweiten Punkt der Interpellation betrifft, so habe ich im Auftrage des Herrn Reichstagslers folgende Erklärung abzugeben, welche ich verlesen werde:

Zur Ausrichtung von Ehrenhändeln besteht bei uns die Sitte des Zweikampfes in weiten Kreisen der gebildeten Stände. (Widerspruch links. Sehr richtig! rechts.) Im Offizierkorps ist der Zweikampf in weitaus höherem Maße durch die allerhöchste Verordnung vom 1. Januar 1897 befestigt worden. Weitere Abhilfe könnte aber nur von einer gleichzeitigen Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die strafrechtliche Verfolgung der Verleumdung und des Zweikampfes erhofft werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Eine solche Änderung des Gesetzes ist schon aus Anlaß der früheren Interpellationen erwogen worden und wird auch jetzt noch im Auge behalten. Sie läßt sich aber nicht durchführen ohne eine Umgestaltung der Abschnitte des Strafgesetzbuchs über Verleumdung und Zweikampf und ohne einen tiefen Eingriff in unser Strafsystem, insbesondere, soweit es die Festungstrafe und die Geldstrafe betrifft. Dieses ist nur möglich im Zusammenhang mit der in Vorbereitung befindlichen Revision des Strafgesetzbuchs. Es darf als sicher angenommen werden, daß bei der Strafrechtsrevision die anderweitige strafrechtliche Behandlung der Verleumdung und des Zweikampfes eine wichtige Frage bilden wird. Inwiefern eine solche Änderung der Gesetzgebung eine Wandlung der zurzeit herrschenden Ansichten über die Wahrung der verletzten Ehre auslösen wird, muß abgewartet werden. Solange aber der Zweikampf in weiten Kreisen noch als ein anerkanntes Mittel zur Wiederherstellung der verletzten Ehre gilt, kann auch das Offizierkorps in seinen Reihen kein Mitglied bilden, welches nicht bereit ist, gegebenenfalls mit der Waffe für seine Ehre einzutreten. (Hört! hört! und lebhaftes Zurufe in der Mitte und links.)

Gewiß, meine Herren, ungeseglich, jawohl! Auf die Ungeseglichkeit folgt Strafe.“

Diese friedlich vor aller Welt verkündete Klassenmoral der herrschenden Klasse entspringt derselben Wurzel wie die Klassenjustiz.

Je ohnmächtiger der Kapitalismus sich der wachsenden Macht der Empörung über den wirtschaftlichen Druck und die politische Anrechtung der Arbeiterklasse fühlt, desto brutaler müht er sich ab, die Machtmittel des Staates zur Niederhaltung der unterdrückten Klasse und zur Verlängerung ihrer Ausbeutungsordnung anzuwenden. Seine Brutalität ist ein Eingeständnis seines Unrechts und seiner Ohnmacht. Für die Arbeiterklasse kann und wird aber das Säbelraseln und der weiße Schrecken, den die herrschende Klasse zu verbreiten sucht, lediglich die Energie im zähen, unablässigen Kampf zur Eringung der politischen Macht stärken.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar.

### Tropenkoller im Reichstage.

Der von der Regierung beabsichtigte Bau einer afrikanischen Eisenbahn im Dualalande entziffelte heute eine Kolonialdebatte im Reichstage, auf die die Regierung mit Befriedigung blicken kann. Das Unternehmen, Reichstagsabgeordneten zwischen den Reichstagsessionen eine unentgeltliche Ferienreise nach den Kolonien zu gewähren, hat sich gelohnt. Bekanntlich hat eine Anzahl Abgeordneter an der Spritlour nach unseren afrikanischen Kolonien teilgenommen, von der sie als begeisterte Anhänger der neuesten Weltraubpolitik zurückgekehrt sind; das Kolonialfieber hat sie gepackt, sie standen heute samt und sonders der Regierung als freiwillige Kommissare zur Seite. Weder der „Kolonialprinz“ Hohenlohe noch seine Geheimräte hatten es nötig, die Empfehlung der Dualalahn-Vorlage in tropischen Farben aufzutragen, das besorgten die afrikanischen Ferienkolonisten ohne Ausnahme, obgleich sich das bei einzelnen sehr komisch ausnahm, weil dem Volken das oratorische Können fehlte. Aber alle traten sie an, nicht nur die Krendl, Semler, Pattmann und Richterhosen, sondern auch die Goller und Storz, die Redner des Freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei. Ja gerade diese Redner der Freisinnigen waren nicht am wenigsten vom Tropenkoller erfaßt, dem es als eine Sünde wider den Geist der Kultur erscheint, wenn nicht noch weitere ungezählte

Millionen in „des Reiches Streifenbüchsen“ geworfen werden! — Der allgemeine Teil der Kolonialdebatte wurde hauptsächlich vom Kolonialdirektor, dem Prinzen Hohenlohe, sowie von den Abgg. Erzberger (Zentrum), Dove (Freisinnig) und unserem Genossen Ledebour bestritten. Genosse Ledebour bekam die Vacher auf seine Seite, als er mit köstlicher Ironie die begeisterte Wirkung der Kahnsahrt in die afrikanische Ferienkolonie auf deren Teilnehmer schilderte und dabei mit Rücksicht auf den Juro und die rhetorischen Fähigkeiten den Abg. Semler als Africanus major, den Abg. Storz dagegen als Africanus minor verspottete.

Die parlamentarische Kolonialkomödie, welche die bürgerlichen Abgeordneten im Plenum aufführten, steht im seltsamen Widerspruch zu den Bemühungen, die von den Vertretern derselben bürgerlichen Parteien in der Budgetkommission, sowie in der Finanzreformkommission gemacht werden, um die Regierung zu größerer Sparsamkeit bei ihrer Kolonialpolitik zu veranlassen. Freilich ist diese Sparsamkeitsumwandlung nur eine leidige Folge der Finanznot, aber sie kontrastiert doch ziemlich stark mit der Opulenz, mit der die Tropenfrage der Regierung die Stange halten. Wären die Reichsmittel nicht schon durch die Kolonial- und Weltpolitik der Regierung knapp geworden, der Tropenkoller richtete sicher noch mehr Unheil im Reichstage an.

Die Beratung wurde auf Freitag verlegt. —

### Feldmarschmäsig!

Man schreibt uns:

Sind die in Nr. 10 des „Vorwärts“ reproduzierten Angaben der „Täglichen Rundschau“ über die für den 21. Januar geplante Vereinskraft der Berliner, Schöneberger und Charlottenburger Garnisonen richtig, so stellen sie der preussischen Armee ein sehr zweifelhaftes Zeugnis aus. Eine Armee soll sich vor allem durch Ruhe und Besonnenheit hervortun. Unnötige Erregung in den Momenten einer drohenden oder eingebildeten Gefahr ist ein bedenkliches Symptom. Die militärischen Maßnahmen aber, von denen die „Tägliche Rundschau“ berichtet, zeugen von einer Aufgereiztheit, die man nicht für möglich halten sollte. Nicht genug, daß die Truppen von Sonnabend 9 Uhr ab in den Kasernen festgehalten werden, nein, man läßt sie von Sonntag morgens 10 Uhr an feldmarschmäsig und mit scharfen Patronen ausgerüstet in den Kasernenhöfen bereit stehen. Die feldmarschmäsigte Ausrichtung legt die Vermutung nahe, daß die Militärbehörde einen langwierigen Straßenkampf erwartet, denn auf andere Weise ist es nicht zu rechtfertigen, daß die Leute mit dem Tornister beschwert werden. Ferner sollte man glauben, daß königl. preussische Truppen, die in ihren Kasernen konsigniert sind, jederzeit so schnell auf den Kasernenhöfen versammelt werden können, daß es nicht nötig ist, sie stundenlang in den Höfen herumstehen zu lassen, ehe man sie braucht oder vielleicht brauchen könnte. Und welche angenehmen Eindruck es auf die Mannschaften macht, wenn sie Stunden hindurch, noch dazu an einem Sonntage, unnützig auf dem Kasernenhofe stehen müssen, ist klar. Selbstverständlich gibt es unter den Truppen von Berlin und Umgebung auch eine Reihe von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, die genau wissen, daß die Sozialdemokraten kein gewaltthames Vorgehen planen und daher diese großen militärischen Maßregeln überflüssig sind. Vom rein militärischen und politisch scharfmacherischen Standpunkte aus wäre es vielleicht begreiflich, wenn für die Fälle, die allerdings nur in den Köpfen einiger Leute existieren, von jedem Infanterie-Regiment ein Bataillon, von jedem Kavallerie-Regiment eine Schwadron in den Kasernen konsigniert bliebe. Aber die Anordnung, daß die gesamten Truppen von Berlin und Umgebung buchstäblich bereitzustehen haben, ist überhaupt unverständlich und wird von den Abteilungen als unnütze Plage empfunden werden. Ebenso unverständlich ist die Maßregel, daß zum Schutze des Schlosses in erster Linie 1/2 Kompanien und als Reserve nicht weniger als zwei Infanterie-Regimenter bestimmt werden!

Angesichts aller dieser militärischen Vorkehrungen taucht folgende bange Frage auf: Ist man am 21. Januar, wo es sich nur um durchaus friedliche und waffenlose Menschen handelt, so aufgeregt, wie soll das erst im Kriege werden, wenn ein bis an die Zähne bewaffneter Feind anrückt?

Den Augen des ganzen blinden Värms hat natürlich die Sozialdemokratie. Ihr sowieso sehr großer Glorienschein wird nur noch größer werden, weil die Vereinstellung eines ganzen Armeekorps zur Genüge den Respekt beweist, den die Regierung vor ihr hat. Der 21. Januar 1906 wird der Partei Agitationsstoff von einer Fülle liefern, wie sie selbst im Deutschen Reiche nur selten geboten wurde. Es liegt hier eine von den famosen Illustrationen zur deutschen Friedensliebe vor, wie man sie beim Zug gegen China, vor Venezuela und vor Haiti bewundern konnte. Und hier handelt es sich obendrein um den „inneren Feind“! —

## Deutsches Reich.

### 20 Jahre Gefängnis!

Die bei dem Dresdener Land- und Amtsgericht verhandelten Prozesse gegen die am 3. und 17. Dezember anläßlich der Dresdener Straßendemonstrationen Verhafteten haben nunmehr ihr Ende erreicht. Das Resultat ist das folgende: Von 26 Angeklagten, die wegen Aufruhrs, Landfriedensbruchs, Aufstands, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beamtenbeleidigung, Aufrüstung usw. angeklagt waren, ist nur ein einziger freigesprochen worden. Den übrigen Verurteilten, die zum Teil verheiratet sind und Kinder zu ernähren haben, sind zu Strafen von insgesamt 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden!

Von den Verurteilten hatten nur einige wenige an den Wahlrechtsversammlungen teilgenommen, die meisten von ihnen waren durch Zufall unter die Demonstrierenden geraten und hatten sich dann, gereizt durch das Vorgehen der Polizei, zu törichtem Unbesonnenheiten hinreißend lassen. Einige von ihnen hatten obendrein unter der Einwirkung des Alkoholenusses gehandelt. Und trotz alledem diese furchtbar hohen Strafen!

Diese Verurteilungen erscheinen um so ungeheuerlicher, wenn man sie mit den Strafen vergleicht, die gegen Angehörige der „gebildeten“ Klassen, namentlich Studenten, in ganz ähnlich gelagerten Fällen verhängt zu werden pflegen. Wenn diese Unjustiz lästigen, Straßenlärm machen, Laternen-scheiben zertrümmern und der Schutzmannschaft Widerstand leisten, so pflegen solche Exzesse stets als Ausfluß übermäßiger Bierlaune, als Jugendschreie angesehen und demgemäß abgeurteilt zu werden: meist wird mit Rücksicht auf die Karriere der künftigen Ordnungshüter auch von der gelindesten Freiheitsstrafe abgesehen und nur auf eine Geldstrafe erkannt. Schlimmeres hatten auch die Dresdener Angeklagten nicht verbrochen, und trotzdem wurden sie zu Strafen von einem Jahre Gefängnis und weit darüber verurteilt!

Vielleicht aber wollte man eine politische Aktion unternehmen und einen Schlag gegen den Wahlrechtskampf führen. Das wäre dann freilich ein Schlag ins Wasser gewesen. Denn die Wahlrechtsbewegung wird nicht eher ihr Ende erreichen, als bis die Massen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erkämpft haben. Und wenn etwas geeignet war, die Arbeiterklasse noch tiefer aufzuwühlen, so die drakonischen Urteile in Dresden! Und da von diesen Urteilen zum Teil bisher politisch ganz indifferente Elemente betroffen wurden, wird dadurch die Erregung auch in Kreise hineingetragen, die bis jetzt noch stumpfsinnig in den Tag hineinlebten. So arbeiten Behörden und Gerichte gleich erfolgreich an der Ausbreitung der Sozialdemokratie, an der Untergrabung der Klassenherrschaft! —

### Es wird weiter provoziert!

Die „Tägl. Rundschau“, das Blatt, das sich kürzlich bei der Jubiläumsfeier seines fünfundsingzigjährigen Bestehens von Vadsischen und Studios, von Landpastoren und Leutnants, von Literaten und Pensionsmittlern befestigen ließ, daß es das eigentliche Blatt der „Gebildeten“ sei, der Quacksalber des „deutschen Gemütes“, erfuhrte bekanntlich vor wenigen Tagen dies deutsche Gemüt durch die polizeiförmige Ankündigung, daß am 21. Januar jeder Versuch der Berliner Arbeiterschaft, einen friedlichen Straßenumzug zu veranstalten, unabsichtlich mit der Schärpe des Polizeisabels und dem scharfgeladenen Kleinkalibrigen unterdrückt werden würde. Der Parteivorstand beantwortete diese ebenso unmotiviert wie unerhörte Drohung mit der kühnen Feststellung der Tatsache, daß von den Veranstalter der Wahldemonstration an einen Straßenumzug überhaupt nicht gedacht worden sei, daß im Gegenteil von vornherein alle Anordnungen getroffen worden seien, um Straßenumarmmlungen zu verhüten. Diese Erklärung brachte das Scharfmachergegendel erst recht in Raserei, man wollte nun einmal Bürgerblut fließen sehen und versuchte es deshalb mit den niederträchtigsten Mitteln, die Arbeiterchaft zu provozieren. Da aber alle Hochspiegelstiffe hartnäckig zu verjagen drohen, hält es das auserwählte „Blatt der Gebildeten“, die „Tägl. Rundschau“, an der Zeit, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft einen neuen Schimpf ins Gesicht zu schleudern. Es schreibt:

„Die neue Taktik für den 21. Januar. Das Programm für die sozialdemokratischen Kundgebungen am kommenden Sonntag ist, wie wir erfahren, infolge unserer „vorzeitigen“ Veröffentlichung von den Sozialdemokraten in einigen Punkten geändert worden. Wie wir mitteilen, bestand die Absicht, nach Schluß der Versammlungen, die ruhig verlaufen sollten, von den Versammlungsorten aus in großen Zügen nach dem Schloß zu marschieren. Diese Anordnungen waren zwar vom Parteivorstand den Vertrauensleuten eingekauft, die Ausführung aber sollte natürlich einen „inoffiziellen“, zufälligen Charakter tragen, damit der Parteivorstand sich von der Verantwortung für etwaige Zusammenstöße späterhin drücken konnte. Das ist nun nicht mehr möglich; selbst das geplante Verschwinden der Parteigrößen am Sonntag nach ansehnlich zu wichtigen „Engagements“ konnte gegenüber der Veröffentlichung des ganzen Planes nicht mehr ziehen. Man hat sich daher mehr zu folgender Taktik entschlossen: der Wortlaut der Versammlungsreden ist derart verschärft worden, daß es aller Voraussicht nach zu zahlreichen Aufstößen kommen wird — selbst das Versammlungsrecht wird den entrechteten Massen verweigert.“ Diese Massen werden aber trotzdem soviel „Besonnenheit“ bewahren, sich nicht vor den Versammlungsstellen zu Hagen zu ordnen, sondern werden ruhig „auseinandergehen“. Dann werden sie sich „zufällig“ an verschiedenen — vorher genau vereinbarten — Punkten treffen und durch die Straßen ziehen, nicht mehr nach dem Schloß. Wenn trotzdem die Polizei zum Eingreifen gezwungen wird, ist natürlich sie allein schuld; die sozialdemokratische Partei kann doch nicht für diese zufälligen Massen-spaziergänge verantwortlich gemacht werden, zumal die „Großen“ ja die Reden (und die damit verbundene Verantwortung vor dem Richter) an „Genossen“ weiter und dritter Güte abgegeben haben...“

Wir haben es diesmal — für 8 Groschen eine respektable Leistung! — mit einer dreifachen Aufreizung zu tun: mit einer Provokation der Arbeiterschaft, der man neue Insulten ins Gesicht speit, mit einer Aufreizung der Polizei, die man durch freche Lügen über angebliche Straßendemonstrationsabsichten nervös und kopflos zu machen sucht, und mit einer Aufreizung der Staatsanwälte und Gerichte!

Aber auch diese agent provocateur-Taktik wird nichts nützen! Der 21. Januar wird kein Festtag für das Scharfmachertum werden, wohl aber ein Tag des Volksgerichts über Klassenunrecht und moralische Ver lumpung! —

### Kahenzimmer.

Auf den Kauf der Konfiskationen, Verhaftungen, Haus-suchungen des letzten Sonntags folgte bald der staatsanwaltlich-polizeilich-richterliche Kahenzimmer. Von einigen Fällen meldeten wir bereits, in denen die Beschlagnahme der Wahlrechts-Flugblätter rückgängig gemacht und das abgeholt „Besetzungsmaterial“ feil säuberlich zurückgebracht wurde.

Kun ist auch „In der Strafsache c/a Freegang wegen Verleumdung und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft der die Beschlagnahme des Flugblattes der sozialdemokratischen Partei anordnende Weisung vom 14. Januar 1906 aufgehoben“! Es ist nämlich in Anbetracht der Gefahr des Staats-Unterganges von den üblichen preussischen Behörden zum Teil sehr häßig „gearbeitet“ worden, daß sie hier und da sich nicht an die Grenzen ihrer Zuständigkeit hielten und sich mit Säubern beschäftigten, die ihrer Jurisdiktion gar nicht unterstehen! Wieweit dieser formale Grund, wieweit sachliche Motive in den einzelnen Fällen zutreffen, das wird sich erst nach sorgfältiger Sichtung des gesamten Materials feststellen lassen.

Um so eifriger sind diverse zuständige Instanzen tätig, nachdem die Sonntagsarbeit der Herrn Kollegen im Talar sie ausgerüstet hat, im Laufe der Woche nachzuholen, was sie an deren Anfang veräumten: Unsere Berliner Expedition (Aktion 30) bekam noch am gestrigen Donnerstag „Besuch“. Ein Polizeileutnant und ein Kriminalhauptmann beschlagnahmten 18 Flugblätter.

Zum Glück reicht die polizeiliche Rüsterei aber noch weiter. Daher hatte auch die „Vorwärts“-Druckerei sich „für gültige Nachfrage“ seitens der Behörde zu bedanken, und einige Restaurateure (in der Pfingststraße, in der Laufziger- und in der Reindendorferstraße) mußten es büßen, daß Sozialdemokraten bei ihnen verkehren: sie wurden durch polizeilichen „Besuch“ für einige Zeit in ihrer Tätigkeit gestört und mußten eine Unterhaltung mit Besuchern führen, die sie garnicht zu sich gebeten hatten. In einem Lokal der Schillingstraße nahm die Polizei Vergeris an einem Flugblattlein, das an der Wand hing; es wanderte „zu den Alten.“

Aus Elbing erhalten wir folgende Privatdepesche: „Eine Nummer der liberalen „Altpreussischen Zeitung“ wurde, soweit noch Exemplare in der Expedition vorhanden waren, beschlagnahmt wegen eines sozialdemokratischen Inserats, welches

zum Besuch einer Protestversammlung gegen das Landtagswahlrecht auffordert! Im Informat war das Landtagswahlrecht nach Bismarcks einstimmigem Ausspruch das „elendeste aller Wahlsysteme“ genannt.

Auch hier wird dem Konstitutionsbrauch sicherlich recht schnell der Kater folgen. Es wird aber einem gewissen Teile unserer bürgerlichen Gesellschaft gar nicht gefallen, daß die sozialdemokratische Preußenaktion ohne große „Sensationen“ abgehen soll. Liegt man doch in der Presse jenes Schlages, der keinen Widerspruch für dumme genug hält, ihn nicht abdrucken, daß in Berlin „Unter den Linden“ bereits Fenster vermietet seien, von denen die „Revolution“ gut beobachtet werden kann!!

Den guten Leuten wird's am schnellsten lagenjämmerlich zumute werden. —

### Versammlungsverbot in Leipzig!

Die Polizei in Leipzig hat die für kommenden Sonntag in Leipzig geplanten Demonstrationsversammlungen verboten. In der echt sächsischen Begründung dieser Vergewaltigung des Versammlungsrechtes, dieses Grundrechtes eines nicht nach altrussischen Maximen regierten Volkes, heißt es: „Das Polizeiamt ist weit davon entfernt, eine ruhige und sachliche öffentliche Besprechung der zurzeit im Vordergrund der politischen Bewegung stehenden Frage der Wahlrechtsreform durch Verbote der sich hiermit beschäftigenden Versammlungen verhindern zu wollen, es hat aber aus den nachstehend dargelegten Gründen die Ueberzeugung gewonnen müssen, einmal, daß es sich bei den hier in Rede stehenden Versammlungen weit weniger um eine Besprechung der Wahlrechtsreform, als vielmehr um eine eifrige Propaganda für revolutionäre Ideen und Umsturzbestrebungen handelt, und sodann, daß gerade diese Versammlungen in besonderem Grade den Anlaß zu Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung bieten würden.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt treffend hierzu, daß der Staat, der den Arbeitern das Wahlrecht geraubt hat, in seiner Unfähigkeit, das Wahlrecht zu ändern, nun auch noch das Versammlungsrecht illusorisch macht. Selbstverständlich wird die Arbeiterschaft Leipzigs zu dieser systematischen Volksentredung nicht schweigen. —

Dem Postminister der Verdienstorden. Aus Oldenburg wird vom 17. Januar gemeldet: Der Großherzog hat beim heutigen Ordensfesten den Justizminister Rüststrat zum Kapitular-Komtur des Hans- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig ernannt. —

Die Revolutionen hat, wie uns aus Altenburg berichtet wird, auch die herrschende Kreise des Bauernstaates Altenburg ergriffen. Gleichwie in Preußen und Sachsen ist auch hier der Gedanke einer Wahlrechtsbewegung auf fruchtbaren Boden gefallen. Um dem bevorstehenden Umsturz aller Dinge am 21. Januar vorzubeugen, hat das in Altenburg garnisonierende Infanterieregiment für den 21. Januar in Bereitschaft zu stehen. Seit einiger Zeit werden die Soldaten über das Wesen und die Bedeutung des Sozialismus und der Sozialdemokratie in der Instruktion „aufgeklärt“.

Im Auftrage der Staatsanwaltschaft in Görlitz wurden am Mittwochvormittag die Geschäftsräume der „Altenburger Volkszeitung“ und die Wohnung des Vorsitzenden des Landesverbandes der Sozialdemokratischen Partei Altenburgs, Genossen Strigle, nach preussischen Wahlrechtsflugblättern durchsucht. Gefunden wurde natürlich nichts. Wie der Staatsanwalt in Görlitz nur auf den Gedanken gekommen sein mag, daß die preussischen Wahlrechtsflugblätter sich nach Altenburg geflüchtet haben könnten! —

Arbeiterkammern. In der Donnerstags-Sitzung der Zweiten Badischen Kammer erklärte Minister Schenkel in Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend die Arbeiterkammern folgendes: Die Reichsregierung beabsichtigt die Ausarbeitung eines Gesetzes betreffend die Arbeitervertretung, sobald die Reichsregierung über die Berufsvereine zum Abschluß gelangt sei. Die badische Regierung sei bereit, im Bundesrat an der Schaffung eines solchen Gesetzes mitzuwirken. Solange die Gewerkschaften, daß das Reich diese Frage lösen werde, erachte es die Regierung nicht für geboten, durch die Landesgesetzgebung selbst auf diesem Gebiete vorzugehen. —

### Zusammenbruch der Mittelstandsvereinigung.

Eine Korrespondenz meldet aus Hannover: Der erste Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Architekt Max Küster, hat unter dem 12. Januar ein Rundschreiben an die Vorsitzenden der Ortsgruppen gerichtet, in welchem er darauf hinweist, daß er persönlich seinerzeit die Mittel dargeboten habe, welche zu dem Aufbau der Organisation nötig gewesen seien. Er habe das in der selbstverständlichen Voraussetzung getan, daß die Ortsgruppen, sobald sie konstituiert waren, die tagungsgemäßen Beiträge nach Hannover abführen und ihn damit finanziell unterstützen würden. Das sei leider nicht geschehen. Die Kosten der Agitation hätten sich inzwischen durch die Einrichtung eines Bureau's, die unbedingt notwendige Anstellung eines Generalsekretärs und die Herstellung zahlreicher Drucksachen erheblich vermehrt, während nur ganz wenige Ortsgruppen Beiträge bezahlt hätten, die große Mehrheit überhaupt nicht. Alle diesbezüglichen an die Ortsgruppen gerichteten Witten und Vorstellungen seien vergebens gewesen, ja zum Teil nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Er, Küster, sei nun weber willens noch in der Lage, die Kosten einer so großen Organisation zum größten Teil auf seine Schultern zu nehmen. Wenn man mehr binnen 14 Tagen seitens der Mehrheit der Gruppen seine oder eine ablehnende Antwort einlaufen sollte, so werde er den Zentralvorstand einberufen, um denselben mitzutheilen, daß der geschäftsführende Vorstand mit ihm, dem Vorsitzenden an der Spitze, seine Kante niederlege. Dann würde das Bureau in Hannover und damit der Generalsekretär seine organisatorische, journalistische und sonstige Tätigkeit einstellen und jede einheitliche Leitung fortfallen. „Daß das für die gesamte Organisation, die sich in so lebhaftem Aufschwung befindet, ein Schlag wäre, den sie nicht verwindet, daß damit ihr geradezu der Lebensnerv unterbunden würde, bedarf wohl keiner Erläuterung.“ —

Staatssekretär v. Nischhofen ist gestern um Mitternacht verstorben. Nischhofen trat 1876 in das Auswärtige Amt ein, wurde in diesem 1877 Legationsrat und ständiger Hilfsarbeiter und 1882 Wirkl. Legationsrat und Vortragender Rat. Von 1885 bis zum Jahre 1896 war er als Mitglied der Direktion der ägyptischen Staatsfinanzen in Kairo tätig, dann erfolgte seine Ernennung zum Direktor der Kolonialabteilung als Nachfolger des Dr. Kayser und im Dezember des folgenden Jahres seine Beförderung zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Seit Oktober 1900 war er Staatssekretär; nach Annahme der Handelsverträge wurde er zum Staatsminister ernannt. — Für die Defensivität war der Verstorbene ein Mann ohne bestimmtes Gepräge, da er höchstens bei Kolonialdebatten einmal farblos Neben hielt. Die konervative Presse nennt ihn einen anspruchslosen „Gehülsen Billows“.

Koloniale Blutopfer. Dem „Tag“ wird aus Dar es Salaam gemeldet: Hauptmann Rymann telegraphiert aus Tanga, daß Aufständische aus dem Bezirk Songea wieder in Lupembe einfielen. Sanitätsfeldzeug nach Tanga und zwölf Kofari nebst einer Anzahl Hilfskriegern entgegen und verfolgte den Gegner, nachdem

er ihn getroffen, bis in bisher unbedeckte große Felshöhlen am Anubudschu, wo vom 28. bis 29. Dezember erbitterte Höhlenkämpfe stattfanden. Von den mehrere hundert zählenden Aufständischen sind anscheinend nur fünfzig entkommen. Mehrere längst gesuchte Führer, auch Bangire selbst, sind unter den Toten. Auf unserer Seite war der Verlust an Hilfskriegern ebenfalls erheblich. Von der Truppe wurden Sergeant Wach leicht und ein schwarzer Unteroffizier erheblich verwundet.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Sergeant Paul Heyden, geboren am 27. 5. 76 zu Stoppelow, am 18. Januar d. J. in Korakorabis an Herzschwäche infolge Schlangenbisses gestorben. Reiter Josef Preuß, geboren am 15. 2. 83 zu Jaroschin, am 18. Januar im Lazarett Darmbad an Typhus gestorben. Reiter Bernhard Krey, geboren am 15. 11. 78, zu Neuenfing, am 18. Januar d. J. beim Ueberfall des Viehpostens bei Umuh leicht verwundet; Streifschuß rechten Oberarm.

Ein Telegramm aus Buea (Kamerun) meldet: Leutnant Waldemar Lenz, geboren am 21. 7. 75 zu Meiningen, früher im Infanterieregiment Nr. 88, am 5. Januar d. J. in Waka an Folgen einer Ebererkrankung gestorben. Unteroffizier Alfred Barthel, geboren am 9. 12. 78 zu Bernsdorf, am 4. Januar d. J. in Auela, Landschaft Kautwe an Dysenterie gestorben. —

## Ausland.

### Frankreich.

#### Fragen der Parteitalität.

Paris, 16. Januar. (Fig. Ber.)

Die Beratungen des Nationalrates der sozialistischen Partei am Sonntag bezeugten das intensive Leben in den Organisationen. 27 Föderationen der Provinz hatten Delegierte entsendet. Die Morgen Sitzung wurde mit dem Bericht Baillants über die Arbeiten des internationalen sozialistischen Bureaus eröffnet. Der Bericht fand einstimmige Genehmigung. Am Nachmittag wurden die Föderationsberichte über die Wahlpropaganda erlautet. Sie bieten ein durchaus erfreuliches Bild. Schon jetzt sind in 220 Wahlkreisen Kandidaten der geeinigten Partei aufgestellt. In sieben Departements sind bereits alle Wahlkreise besetzt. Selbst in wirtschaftlich und kulturell so zurückgebliebenen Landesteilen wie in der unteren Normandie und der Bretagne nimmt die Partei in den meisten Wahlkreisen energisch den Kampf auf. Das beschlossene Wahlmanifest, das von den Genossen Guedde, Rebelin, Jaurès, Baillant, Lafargue und Delory ausgearbeitet worden ist, haben wir bereits in seinen wichtigsten Stellen mitgeteilt.

Eine sehr langwierige Debatte entpinn sich über die Stellung der Fraktion bei der Präsidentenwahl in Versailles. Die sozialistischen Abgeordneten hatten vor einigen Tagen entschieden, keinen Vorschlag zu fassen, der die Fraktionsangehörigen offiziell und kollektiv verpflichtete. Die Föderation Isère beantragte hingegen, daß die sozialistischen Kongreßmitglieder das für die Kammerwahlen aufgestellte Prinzip des „Massenwahlens“ auch hier befolgen und im ersten Wahlgang geschlossen für einen eigenen Präsidentschaftskandidaten stimmen sollten. Die Vertreter dieses Antrages, zu denen besonders auch Guedde gehörte, vertraten die Meinung, die Fraktion sei nicht dazu aus dem Block ausgetreten, um hinterher wieder die Parole von den bürgerlichen Republikanern zu empfangen. Auf der anderen Seite wurde eingewendet, daß die Sozialisten, die doch die Teilnahme an den bürgerlichen Regierungen abgelehnt hätten, jetzt nicht den Anspruch erheben dürften, den obersten Repräsentanten des Vorkriegsstaates aus ihrer Mitte zu wählen. Schließlich entschied der Nationalrat, daß die Frage zu spät zur Sprache gebracht worden sei und daß es deshalb der Fraktion überlassen werden müsse, die im Interesse des Proletariats erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Sodann behandelte die Versammlung noch in einer bis 2 Uhr währenden Nachsitzung die Frage des Antimilitarismus, die in einer von der heroldischen Föderation Honne beantragten Erklärung auf die Tagesordnung gebracht wurde. Hier kam es zu scharfen Redekämpfen, und dem Genossen Hervé blieb die Kritik nicht erspart. Der Nationalrat sagte hierauf seine Aufschauungen in einer Resolution zusammen, deren Ideen mit den in der deutschen Sozialdemokratie vorherrschenden durchaus übereinstimmen. —

### England.

#### Die Wahl.

Stand bis jetzt: 168 Liberale, 74 Unionisten, 51 Nationalisten, 31 Arbeitervertreter. Die Liberalen haben zurzeit 81, die Arbeiter 20, die Unionisten 2 Sitze gewonnen. Chamberlain ist gewählt. Die „Daily News“ sprechen von den Siegen der enalischen Arbeiter als vom „Erwachen des Riesen“. —

## Kommunales.

### Stadtvorort-Versammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Januar 1906, nachmittags 5 Uhr.

Der stellvertretende Vorsteher Michalet eröffnet die Sitzung um 1/2 Uhr. Es erfolgt zunächst die feierliche Einführung des wiedergewählten Stadtv. Kampfs.

Zur provisorischen Unterbringung weiterer Klassen des Friedrich-Wedder-Gymnasiums, dessen Verlegung nach Moabit seit 1902 im Gange ist, für das aber der in der Bodumerstraße projektierte Neubau erst im kommenden Sommer begonnen und frühestens zum Herbst 1908 bezogen werden kann, sollen auf den städtischen Grundstücken an der Bremer-, Eugenbagen- und Wielestraße mit einem Aufwande von 81 000 M. Schulbaracken errichtet werden, und zwar zunächst deren 4, die vom 1. April 1906 ab in Benutzung genommen werden können.

Stadtv. Berl (N. L.) hält für notwendig, auf die Passionsgeschichte der Verlegung dieser Anstalt hinzuweisen. Die großen Schwierigkeiten, die diese Verlegung verursacht hätte, seien vielfach worden durch die Existenz einer Vorhülle an derselben. Der Vorgang fordere aufs neue zur Abschaffung dieser Ständeschulen auf.

Stadtschulrat Michaelis: Man hat mit der Verlegung zu früh begonnen; ein weiterer Fehler ist nicht gemacht. Die klassenweise Verlegung ist von der Aufsichtbehörde vorgeschrieben worden. Die Versammlung nimmt daraufhin die Vorlage an.

Der Rentier Theodor Kuyner hat der Stadt ein Vermächtnis von annähernd 2 1/2 Millionen Mark angesetzt zum Zwecke der Errichtung einer „Gedächtnis-Theodor und Karl Kuyner-Stiftung“, aus der hälftig, in Berlin ortsgenössige, mindestens 88 Jahre alte Männerinnen, Handarbeiterinnen, weibliche Dienstmoten und Fabrikarbeiterinnen ohne Unterschied des Bekenntnisses laufende Renten von jährlich 250 M. der Regel nach auf Lebenszeit erhalten sollen. Der Magistrat hat die Annahme der Stiftung beschlossen; die Versammlung spricht die Zustimmung und der Vorsteher-Stellvertreter den Dank der Stadtgemeinde für die hochherzige Stiftung aus.

Dem Beschlusse der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit ihr bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden dahin vorstellig zu werden, daß auf dem Wege der Gesetzgebung bestimmt wird, daß die in Form von Krankenkassen behandelung gewährten Unterstufungen für den Verlust des Wahlrechts nicht in Betracht kommen, ist der Magistrat beigestimmt und hält für zweckmäßig, über die Ausführung dieses Beschlusses in gemischter Deputation (10 Mitglieder der Ver-

sammlung, 5 des Magistrats) zu beraten. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Der Antrag Arons u. Gen. (Soz.) auf Neueinteilung der Wahlbezirke III. Abteilung dergestalt, daß auch hier 10 (statt 45) Wahlbezirke gebildet werden, ist von dem niedergelegten Ausschusse mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt worden.

Da ein Antrag Deutsch (soz.-fortschr.) einläuft, die I. und II. Abteilung auch in je 48 Bezirke zu teilen, und der Referent Stadtv. Sonnenfeld nicht anwesend ist, wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Stadtv. Kreiting, Hllstein, Wallach und Singer beteiligen, gemäß einem Antrag Kreiting die Angelegenheit mit dem Antrag Deutsch an den Ausschuh zurückverwiesen.

### Die

#### Erhöhung der Kurkosten für nicht in Berlin wohnende Kranke

auf 4,20 M. für Erwachsene und 3,35 M. für Kinder bis zu zwölf Jahren pro Kopf und Tag zunächst auf die Dauer von drei Jahren ist vom Magistrat beabsichtigt. Auch sollen die bisher bestandenen Ermäßigungen der Sätze für einzelne Klassen von nicht in Berlin wohnhaften Kranken aufgehoben werden.

Es ist Ausschuhberatung beantragt, außerdem ein Abänderungsantrag eingegangen.

Stadtv. Koblenger (Soz.): Die Begründung dieser Vorlage, welche einem Verlangen der Versammlung entspricht, wonach die Kurkosten für die außerhalb Wohnenden nach dem Selbstkostenpreise zu berechnen sind, ist etwas wunderbar ausgefallen. Die Krankenhausbudgetation ist zu einem ganz anderen Ergebnis als der Magistrat gekommen, sie empfahl, den Antrag kurzer Hand abzulehnen, weil die Zahl der betreffenden Personen ständig zurückgehe, man also irgend einer Gefahr nicht entgegengehe; sie wies auch auf die Möglichkeit von Gegenmaßnahmen der Vororte hin und hält einen Kampf Berlins mit den Vororten überhaupt nicht für angemessen. Wir stehen auf demselben Standpunkt, daß ein solcher Streit der Hauptstadt Berlin als des Stärkeren nicht würdig ist. Trotzdem bringt nun der Magistrat und diese Vorlage. Aus finanziellen Gründen? Oder denkt er die Krankenhäuser damit zu beseitigen? Oder ist es die Absicht, diesen Kleinkrieg mit den Vororten zu beginnen, um ihnen zu zeigen, daß wir uns von ihnen nichts gefallen lassen? Eins wie das andere ist grundfalsch. Die Vororte werden kaum von dieser Maßregel getroffen; auch liegt ein solcher Krieg gar nicht im Berliner Interesse. Aber auch die beiden anderen Möglichkeiten treffen nicht zu. Mit dem Ausschuh der wenigen Prozent fremder Kranken wird man die Krankenhäuser nicht beseitigen und der finanzielle Gewinn ist ganz unbedeutend. Wer aber wird von dem Ausschuh betroffen? Hauptsächlich Krankenschwestern, welche in Berlin arbeiten, aber in den Vororten wohnen. Das sind etwa 70 Proz. derjenigen Zahl, die überhaupt in Frage kommt. Die magistratliche Rechnung, wonach 160 000 M. mehr eingenommen werden sollen, dürfte nicht stimmen, denn die Krankenschwestern sind ja nicht verpflichtet, ihre Mitglieder ins Krankenhaus zu schicken, wie auch dem Magistrat bekannt sein wird. Diese Leute, die in Berlin arbeiten, verlieren doch durch ihre Arbeit erst die Bürger und Steuerzahler in die Lage, überhaupt Steuern zahlen zu können. (Lebhafter Widerspruch und Lachen.) Auch laufen diese Leute viel mehr in Berlin als in den Vororten ein. Eine Verechtigung zu der Vorlage liegt demnach überhaupt nicht vor, und es bleibt nur die Schikanierung der Vororte und ein unnobles Benehmen Berlins gegen sie übrig. Man giebt hier bloß Del ins Feuer, und die Gegenmaßnahmen der Vororte könnten Berlin leicht empfindlich treffen. Wir lehnen die Vorlage ab. Noch in den letzten Jahren hat der Magistrat selbst auf diesem Gebiet fortwährend Erleichterungen geschaffen; jetzt kommt er plötzlich mit der Aufhebung aller dieser Vergünstigungen. Man will also bloß den Vororten ein Veto entgegenstellen. Wir rechnen es dem Magistrat nicht hoch an, daß er sich diese Auffassung des Herrn Wallach zu eigen gemacht hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Hllstein (Soz.-fortschr.) nimmt zu dem Magistratsantrage dieselbe absolut ablehnende Haltung ein wie vor zwei Jahren. Es könne nur der Zweck sein, den Kleinkrieg gegen die Vororte zu eröffnen. Nun brauche Berlin gewiß nicht sich alles von den Vororten gefallen zu lassen; aber ganz verkehrt sei es, mit der Krankenpflege hier zu operieren. Man solle die Vorlage ablehnen, eventuell einen Ausschuh einlegen und mindestens denjenigen die Vergünstigung belassen, die in Berlin den Unterstufungswohnsitz haben.

Stadtv. Wallach (N. L.) tritt den Vorrednern entgegen. Man scheine die früheren bestigen Krankenhausbudgeten ganz vergessen zu haben. Der finanzielle Effekt sei nicht groß, aber auch nicht unbedeutend. Es handele sich immerhin um 2200 Personen. Die Hauptsache sei, endlich einmal gegen die Bedrückung durch die Vororte Stellung zu nehmen. Auszuweichen sei nur, daß die Selbstkosten immer noch nicht hoch genug berechnet sind. Seine Ehre zu wahren, dazu brauche der Magistrat Herrn Koblenger nicht.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.) befürwortet Ausschuhberatung. Die Berechnung des Durchschnittspreises sei nicht einwandfrei; der Satz sei zu hoch gegriffen. Wollte man sich gegen die Vororte wehren, so solle man geeignete Mittel als die Krankenhäuser wählen. (Zustimmung.) In den kleinen Wäldchen werde der Riese Berlin nicht zugrunde gehen. (Beifall.)

Stadtv. Prof. Landau (N. L.) spricht ebenfalls für Ausschuhberatung, obwohl er am liebsten für glatte Ablehnung wäre. Er könne nicht annehmen, daß der Magistrat bloß, um einen Beschluß der Versammlung zu entsprechen, mit der Vorlage komme, denn der Magistrat habe sich wiederholt beschlossenen anderen Forderungen, wie der der Schaffung eines städtischen Medizinalrats (Hort, Lortl), bisher absolut widersetzt. Es sei hier eine ganz heinliche Maßregel geplant, die Berlin dem Gespött ganz Deutschlands preisgeben werde.

Bürgermeister Dr. Reide: Nicht den Krieg gegen die Vororte oder Bestrafung derselben wollen wir, aber wir haben auch keine Veranlassung, den Vororten auf Kosten unseres Steuerbüchels Gerechtigkeit zu machen. Das beste wäre tatsächlich Kommissionsberatung.

Stadtv. Labowitz (N. L.) hält doch für geboten, angesichts des oberverwaltungsgerichtlichen Urteils aus dem Prinzip der Selbstverwaltung heraus von den Vororten einen den Selbstkosten entsprechenden Betrag zu nehmen. Jedenfalls sei Ausschuhberatung nicht zu umgehen.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich sehe keinen Anlaß, noch einen Ausschuh einzulegen. Die Vorlage ist sehr sorgfältig vorbereitet, zumal in der Krankenhausbudgetation. Der Bürgermeister hat mit dem ihm eigenen guten Geiste die Vorlage zu retten versucht vor dem Vorwurf, daß der Magistrat eine Gelegenheit, die angelegliche Bedrückung der Berliner durch die Vororte zu beseitigen, an sehr unrichtiger Stelle benutzt. Die ganze Misere, daß solche Vorlagen hier verhandelt werden müssen, liegt darin, daß der richtige Augenblick der Eingemündung verpaßt ist. Daß ein materieller Erfolg nicht herausspringt, hat der Kollege Koblenger ja nachgewiesen. Unstreitbar ist, daß ein sehr großer Teil der Betroffenen Krankenschwestern sind. Dieselben Leute, welche Sie auf diese Weise abweisen, würden Sie nachher als Armeutante doch bekommen, und der erhoffte Gewinn würde sich eventuell in einen Verlust verwandeln. Angeichts dieser Sachlage wollen Sie eine solche Krähwinkelpolitik treiben? „Gesicht“ ist doch ein zu großes Wort für eine so kleine Sache. Mit dieser Kleinlichen, schikanösen Politik ist nichts zu tun. Wir sind gegen den Ausschuh und gegen die Vorlage.

Die Vorlage geht darauf an einen Ausschuh.

Die speziellen Entwürfe zum Neubau der Feuerwache in der Straße 11a, nahe der Elbingerstraße, und zum Neubau von Gemeindedoppelschulen in der Senefelderstraße und in der Frankfurter Allee 140 werden genehmigt.

Für die speziellen Entwürfe zum Neubau der Gemeindedoppelschule in der Littauerstraße, zum Neubau der Gemeindedoppelschule nebst Armenant in der Gdertstraße und zu Neubauten des Friedrich-Wedderseu-



Reichstag.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Prinz Hohenzollern.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Uebernahme einer Reichsgarantie in Bezug auf eine Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen (Kamerun-Eisenbahn). Die geforderte Garantie beläuft sich auf die Zinsen von 11 Millionen zu 3 Proz. und auf die Erhöhung des Kennbetrages der Anteilsscheine um 20 Proz. bei der Rückzahlung.

Stellvertretender Kolonialdirektor Erprinz zu Hohenlohe-Langenburg:

Ich möchte dem Reichstage die Mitteilung machen, daß das Urteil eingegangen ist, das in der Angelegenheit der Dualahauptlinge gefällt worden ist. Danach ist der Oberhäuptling, King Kiva, wegen zehn Vergehen gegen § 186 des Strafgesetzbuchs (verleumdende Beleidigung) und eines Vergehens gegen § 185 des Strafgesetzbuchs (einfache Beleidigung) zu einer Gesamtsstrafe von neun Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt worden (Hört! hört! links); ein anderer Häuptling ist wegen mehrerer Vergehen gegen § 186 und eines Vergehens gegen § 185 zu einer Gesamtsstrafe von sieben Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt worden, und ein dritter Häuptling wegen eines Vergehens gegen § 186 und eines Vergehens gegen § 185 zu einer Gesamtsstrafe von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verbunden mit Zwangsarbeit verurteilt worden. Dann folgt eine Reihe weiterer Namen, deren Träger wegen mehrerer Vergehen gegen die §§ 186 und 185 zu zwei Jahren sechs Monaten bzw. zwei Jahren Gefängnis verbunden mit Zwangsarbeit verurteilt worden sind. Die Befristung des Urteils ist bis jetzt noch nicht erfolgt, es wird einer genaueren Nachprüfung unterzogen werden. Ein Bericht über den Verlauf der Verhandlungen liegt uns noch nicht vor, er ist eingefordert worden, und sobald er vorliegt wird, werden wir ihn einer genaueren Nachprüfung unterziehen. Am 1. Februar erwarten wir die Ankunft des Gouverneurs v. Puttkamer, und ich glaube, daß seine Ansätze zur weiteren Aufklärung der Verhältnisse führen wird. Jedenfalls bin ich bereit, sobald das gesamte Material vorliegt, der Kommission weitere Mitteilungen zu machen und den hohen Hause Gelegenheit zu geben, sich über die tatsächlichen Verhältnisse ein der Wahrheit entsprechendes Urteil zu bilden. Ein Bericht aus Kamerun, der und zugegangen ist, enthält die Mitteilung, daß die Verhältnisse dort noch keineswegs vollständig ruhige geworden sind. Deshalb wäre eine sofortige Strafenbefreiung der Hauptlinge sehr gefährlich gewesen, und wenn man, ohne das Einwirken des Urteils abzuwarten, telegraphisch die Häuptlinge einfach in Freiheit gesetzt hätte, so hätte man dadurch nicht nur dem Gouverneur, sondern auch dem Richter, welcher die Urteile gefällt hat, ein direktes Mißtrauensvotum erteilt. Und dieses konnte man angesichts der ersten Lage im Schutzgebiete nicht ohne weiteres tun. Es läßt sich nicht verkennen, daß eine Abberufung des Gouverneurs unmittelbar nach dem Bekanntwerden jenes Urteils von den Eingeborenen in Verbindung mit diesem Urteile gebracht werden könnte. Ich habe mir diese Bedenken reichlich überlegt, bin aber zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Abberufung des Gouverneurs trotzdem notwendig war, um möglichste Klarheit in der Sache zu schaffen. Ich möchte mir nicht die Vorwürfe zuziehen, daß ich dieser Angelegenheit mit Unzulänglichkeit zusähe; denn ich halte es für eine Gewissenssache (Beifall im Zentrum) und ich erwarte von der Richterstattung des Gouverneurs eine Aufklärung der ganzen Angelegenheit. Ich höre aber auch andererseits, daß dem Gouverneur, welcher sich große Verdienste in seiner langjährigen Tätigkeit in Kamerun erworben hat, durch sein Auftreten hier die Gelegenheit gegeben werde, sich zu rechtfertigen.

Ich komme nun zur Begründung der gegenwärtigen Vorlage. Die Südbahnsafarische Bahn, die ich Ihnen hier vor einigen Wochen vorlegen mußte, beruhte auf militärischer Notwendigkeit. Die gegenwärtige dagegen beruht auf wirtschaftlichen Erwägungen. Die Bahn soll Gebiete erschließen, welche Produkte liefern können, die eine große Zukunft versprechen. Wenn auch noch nicht in der aller-nächsten Zeit, so doch sehr bald darauf wird sich nicht nur das in die Bahn gesteckte Geld bezahlen, sondern auch das ganze Schutzgebiet wird infolge der Bahn dem Reiche erhöhte Erträge abwerfen. Auch werden durch die Befreiung der Trägerverträge zahlreiche Arbeitskräfte für die Plantagen frei werden. Auch Unruhen sind viel leichter entgegenzutreten, wenn die Truppen rasch ins Innere befördert werden können. Mißstände in der Verwaltung, wie sie zweifellos bestehen, werden rascher und wirksamer beseitigt werden können, wenn rasch befördernde Verkehrswege die Kontrolle durch die Zentralstelle erleichtern. Schließlich wird die Ausbreitung der Missionen durch bessere Verkehrsbedingungen gefördert werden. Auch die Möglichkeit, mehr verheiratete Beamte zu finden, die bereit sind, nach den Kolonien herauszugehen, dürfte nach Fertigstellung der Bahn gegeben sein. Ich schließe mit der herzlichen Bitte, Sie möchten der Vorlage zustimmen in der Erwägung, daß es sich darum handelt, ein zukunftsreiches deutsches Schutzgebiet dem Verlehe zu erschließen, zum Teil dem Weltverkehr anzuschließen und damit ein Werk zu schaffen, welches nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell unserem Vaterlande mit der Zeit — Zeit ist in kolonialen Dingen immer notwendig — zum Segen gereichen wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Erzberger (B.): In eine Kritik des Urteils will ich mich, bevor die Begründung vorliegt, noch nicht einlassen; zweifellos ist jedenfalls, daß die Höhe der Strafe sehr auffällt. Sehr bezeichnend für den Kolonialbureaucratismus ist die Tatsache, daß das Urteil auf Kosten der Kiva-Häuptlinge im „Deutschen Staats-Anzeiger“ publiziert worden ist! (Hört! hört! und Heiterkeit.) Was die Vorlage selbst anlangt, so sind meine Freunde bereit, für den Bahnbau aus wirtschaftlichen, politischen und allgemein gesundheitslichen Gründen zu stimmen und wünschen die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission, indem wir hoffen, daß sie dort möglichst bald beraten werden wird. Wissen möchten wir aber doch, ob eine Fortsetzung dieser Bahn geplant ist. Ja lang erzieht und die Frist von dreißig Jahren für das Mißtrauensvotum der Kamerunbahn durch das Reich. Die Vorlegung des Kostenschlages der Bahn hat man in der Kommission ausdrücklich abgelehnt. Und als wir dann später im Plenum anfragen, weshalb man dem Reichstage den Kostenschlag nicht vorgelegt habe, hat der Vertreter des Kolonialamts es für angebracht gehalten, zu erklären, der Kostenschlag sei nicht mitgeteilt, weil der Reichstag nicht danach gefragt habe. (Hört! hört!) Wir erwarten, daß der Kommission nunmehr sofort der spezialisierte Kostenschlag vorgelegt werden wird. — Weiter wünschen wir Aufklärung darüber, wer die 300 000 M. bezahlt, die dem Syndikat durch die neue Gesellschaft als Provision neben der Erstattung der baren Auslagen versprochen sind. Diese 300 000 M., die nicht etwa in den Kolonien, sondern in Berlin W. verdient worden sind, dürfen jedenfalls nicht aus Reichsmitteln bezahlt werden. — Die Ausführungen des Herrn Kolonialdirektors über eventuell bevorstehende Mißstände in Kamerun müssen lebhafteste Verurteilung im Volke erregen. Auf welches Gebiet in Kamerun beziehen sich diese Verurteilungen? Ich hoffe, daß alles geschieht, um bei den Eingeborenen nicht unnötigen Mißstimmung aufzuhäufen. (Waboo! im Zentrum.)

Stellvertretender Kolonialdirektor Prinz Hohenzollern-Langenburg:

Der Vortredner hat gesagt, ich hätte von einem drohenden Aufstand gesprochen. Ich weiß nicht, ob ich mich in einer derart starken Weise ausgesprochen habe. Jedenfalls habe ich aber dabei nicht von einem, einem bestimmten Teil des Kameruner Schutzgebietes drohenden Aufstand sprechen, sondern nur darauf hinweisen wollen,

daß die Aufstände in Südwestafrika auch unter den Eingeborenen anderer Schutzgebiete und insbesondere des Schutzgebietes von Kamerun eine gewisse Erregung hervorgerufen haben, die nicht ganz unbeachtet bleiben darf. Ich möchte aber der Ansicht entgegenzutreten, als stände ein Aufstand wirklich bevor. Insofern glaube ich Sie beruhigen zu dürfen. Wir werden nach meiner Ueberzeugung Ueberwachungen wie in Südwestafrika nicht erleben. Immerhin ist aber die größte Wachsamkeit am Plage. Der Kostenvorschlag wird der Kommission vorgelegt werden, die Vorbereitungen dazu sind bereits getroffen. Es ist gefragt worden, wie ich mich zu dem Projekt der Fortführung der Bahn bis nach dem Tschadsee stelle. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß zunächst einmal abgewartet werden muß, wie die gegenwärtige Bahn sich entwickelt. Ueber den Streit, der die Südamerungsgesellschaft betrifft, ist eine Untersuchung im Gange. Der Kommissar ist unterwegs. Ich hoffe, daß sein Bericht und demnächst vorgelegt wird.

Geheimer Legationsrat Dr. Hefferich: Der Abg. Erzberger ist auch heute auf die Frage der Finanzierung des Unternehmens zurückgekommen mit ganz neuen Behauptungen, die ich nicht unwiderprochen lassen kann. Er hat uns zunächst vorgeworfen, daß wir die Situation nicht dadurch vereinfacht hätten, daß wir die 1902 erteilte Konzession ruhig am 1. Juli 1905 ablaufen ließen. Es ist richtig, daß die Konzession am 1. Juli abgelaufen wäre, wenn nicht vorher am 17. Januar 1905 der Verzicht ausgedrückt worden wäre. Es war aber begründet, daß wir nicht auf den Ablauf der Konzession warteten. Einmal war nach Rückkehr der zweiten Expedition im letzten Quartal des Jahres 1904 die Frage in finanzieller Beziehung vollkommen sprudelt, da es klar war, daß die Finanzierung nach dem 1. Juli ebensoviele gelingen würde wie vorher. Auf der anderen Seite war die Erbauung der Bahn nach unserer Ansicht außerordentlich dringend, weniger wegen des großen Ruhens, den die Bahn indirekt auf die Finanzen des Schutzgebietes Kamerun brachte, als aus politischen Gründen. Wenn ein einzelnes Mitglied in der Kommission eine bestimmte Bitte ausgesprochen hätte, die detaillierten Kostenvorschläge vorzulegen, so wäre das geschehen. Ich muß dem Abg. Erzberger gegenüber bemerken, daß bisher durchaus nicht in allen Fällen spezialisierte Kostenschläge gegeben worden sind. Ich glaube nicht, daß wir eine Infortressheit begangen haben; sollte ein Mißverständnis vorliegen, so würde ich das sehr bedauern. Der Abg. Erzberger hat sich im Dezember auf ein Protokoll berufen, welches ich damals als apokryph bezeichnet habe. Wir haben durchaus sachgemäß gehandelt. Wenn der Abg. Erzberger auf die Entschädigung der Teilnehmer am Syndikat hingewiesen hat, so bemerke ich, daß das Reich nach dem Abkommen mit der Firma Venz gar nicht in der Lage ist, zu verhindern, daß einzelnen Mitgliedern eine Entschädigung gezahlt wird. Wir halten das ganze Geschäft für kaufmännisch durchaus korrekt. Wenn Sie glauben, daß dabei die Interessen des Reiches nicht genügend gewahrt sind, so möchte ich Ihnen entgegenhalten, daß Sie dieses fest abgeschlossene Geschäft durch Verweigerung der Pensionsgarantie nicht rückgängig machen können! Zum Schluß ein Wort über die prinzipielle Frage: In vielen Kolonialangelegenheiten ist das Reich auf die Opferwilligkeit und den Patriotismus des großen Kapitals angewiesen. Wenn man aber eine solche Opferwilligkeit von ihm erwartet, so kann man nicht verlangen, daß das hineingesteckte Kapital nach anderen als rein kaufmännischen Gesichtspunkten verwaltet wird. Dies ist der Grund, der in der englischen Kolonialpolitik allgemein gilt und der wesentlich zu ihren großen Erfolgen beigetragen hat. (Beifall rechts.)

Abg. Semler (natl.) erklärt sich im Namen seiner politischen Freunde für die Vorlage. Wir müssen vorläufig unser Urteil in der Affäre der Kameruner Häuptlinge zurückhalten. Doch möchten wir, daß außer dem Gouverneur auch der betreffende Richter vernommen wird. — Angesichts der beschriebenen Unruhen in Kamerun möchte ich dem Kolonialamt zu bedenken geben, ob es gerade jetzt angebracht ist, den Hauptmann Dominik, der in Kamerun einen großen Einfluß hat, wie es geplant ist, mit einer größeren Abteilung nach Ostafrika zu schicken. — Der Herr Vertreter des Kolonialamts hat erklärt, es sei nicht beabsichtigt, die Bahn ins Innere zu bauen. Unbedingt erforderlich ist es aber, daß diese Bahn weitergeführt wird bis in das Innere dort, wo die natürlichen Produkte, Gummi und Öl, gewonnen werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) — Gegenüber Herrn Erzberger möchte ich prinzipiell bemerken: Wir brauchen, wenn wir in den Kolonien etwas erreichen wollen, das deutsche Kapital. Der Sparprophet des kleinen Mannes kommt für so riskante Unternehmungen nicht in Betracht. Nur die großen Kapitalisten sind in der Lage, solche Kapitalien in den Kolonien zu investieren. Diesen Herren sollte man nicht nachher im Reichstag die Freude am Geschäft verwehren, wie das Herr Erzberger getan hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. Unruhe im Zentrum.) Wir laufen sonst Gefahr, daß sich diese Kapitalien nicht mehr finden. — Herr Erzberger möge des Weiteren auch bedenken, daß — wenn er alle ihm zugegangenen Zuschriften hier sofort vordringt — er dem Demunziantentum in den Kolonien Tür und Tor öffnet. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Abg. Semler hat dagegen protestiert, daß schwere Schäden der Kolonialverwaltung sofort in die Öffentlichkeit gebracht werden, und daß man nicht den sogenannten Infanzantenweg einschlägt. Gerade bei vorliegender trasse Fall aber ist der deutliche Beweis dafür, wie notwendig es ist, derartige Beschwerden sofort an die Öffentlichkeit zu bringen, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß die Kolonialverwaltung in der Sache entweder gar nichts tut oder sie unmäßig in die Länge zieht und einen verkehrten Weg zu ihrer Remedur einschlägt. Trotzdem machte der Abg. Semler einem anderen Abgeordneten noch einen Verwurf daraus, daß er die Beschwerden veröffentlicht hat. Ich glaube, gerade dadurch, daß der Abg. Erzberger diese Sache hier vorgebracht hat, daß wir Abgeordneten überhaupt alles tun, das Licht der Öffentlichkeit über diese Kolonialschäden zu verbreiten, ist die einzige Möglichkeit gegeben, daß solche unerhörten Sachen in Zukunft vermieden werden. Wie hat sich denn die Puttkamer-Sache überhaupt abgespielt? Erst auf Drängen des Reichstages hin hat der damalige Kolonialdirektor Etübel etwas in der Sache getan. Aber was? Er hat den Gouverneur Puttkamer zur Richterstattung in der Sache gegen den Gouverneur Puttkamer angefordert! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat der Gouverneur Puttkamer, offenbar weil er geglaubt hat, es handle sich um einen Krieg, eine Drangsalierungspolitik gegen die Häuptlinge eingeschlagen. Ich glaube nicht, daß der Kolonialdirektor Etübel sich der Folgen seiner Handlungsweise vollkommen bewußt gewesen ist. Dieses Bewußtsein habe ich ihm niemals besonders zugestanden. Aber wenn der Kolonialdirektor eine größere Klarheit in allen diesen Dingen gezeigt hätte, als er sie gezeigt hat, wenn er sich seiner Handlungsweise besser bewußt gewesen wäre, so hätte er bei der großen Personalienmission, die er doch haben mußte, voraussehen müssen, daß der Gouverneur Puttkamer einen Racheidzug auf dem sogenannten Gerichtswege gegen die Häuptlinge führen würde. Das kommt dabei heraus, wenn die Kolonialverwaltung glaubt, ungestört von der Öffentlichkeit einen solchen Fall behandeln zu können. Dieses unterverantwortliche Verhalten der Kolonialverwaltung, den Beschuldigten zum Richter in seiner eigenen Sache zu machen, zwingt die Reichstags-Abgeordneten dazu, jede Beschwerde aus den Kolonien sofort an die Öffentlichkeit zu bringen, selbst wenn sie im Augenblick nicht in der Lage sind, sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Persönlichkeit des Herrn v. Puttkamer will ich mich weiter nicht äußern, er wird ja bald hierher kommen. Aber das Verhalten des jetzigen Leiters des Kolonialamtes ist nicht einwandfrei. Die Kolonialverwaltung ist von demselben bureaukratischen Geiste befeuert, von dem Herr v. Puttkamer erfüllt ist. Das

Verhalten der Kolonialverwaltung gegenüber dem starken Mißbrauch der richterlichen Gewalt, die in der ungeheuerlichen Bestrafung der Häuptlinge zum Ausdruck kommt, stimmt leider mit dem der früheren Kolonialverwaltung überein. Es wird von unruhigen Verhältnissen in Kamerun gesprochen. Solche unruhigen Verhältnisse sind überall in unseren Kolonien, auch in Samoa und Neu-Guinea, vorhanden, es sind Mißstände da, die auf das Verhalten der Händler zurückzuführen sind. Derartige Mißstände dürfen nicht das Motiv für so harte Bestrafungen bilden. Es handelt sich bei den Vergehen der Dualahäuptlinge um Verleumdungen und Verleumdungen, die bei uns in schlimmsten Fällen mit höchstens zwei Jahren, und wenn sie gegenüber einem Bundesfürsten getan werden, mit höchstens fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Es kommen ja hohe Strafen in derartigen Fällen auch bei uns vor. Aber es kann sich unter keinen Umständen um Zuchthausstrafen von neun Jahren handeln. Die Höhe der Strafe ist an sich ein Beweis dafür, daß ein schmähtlicher Rechtsbruch und Mißbrauch der Amtsgewalt vorliegt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie kann man noch einen Augenblick zögern, die Opfer dieses Rechtsbruchs wenigstens vorläufig in Freiheit zu setzen, wenn man nicht ganz von bureaukratischen Vorurteilen eingenommen ist, wie der Leiter unseres Kolonialamtes? Umsonst müßten sie Abgeordnete die dringende Verpflichtung in uns fällen, auch die Öffentlichkeit zur Richterstatistik aufzurufen und auf keine Weise zuzulassen, daß so schandbare Zustände weiter verdeckt werden. (Waboo! bei den Sozialdemokraten.)

Schon die Beratung der vorjährigen Vorlage hatte in uns den Verdacht erweckt, der inzwischen teilweise auch durch die Ausführung des Abg. Erzberger bestätigt worden ist, daß die Verwaltungsbeamten in den Kolonien gegenüber den Eingeborenen nicht die nötige Rücksicht üben, und eine unruher Verleumdungen gegen die Kamerun-Eisenbahnvorlage ging dahin, daß bei kolonialen Unternehmungen dieser Art den Behörden eine Vollmacht gegeben werde, die ihnen ermögliche, die Eingeborenen ihres Landes zugunsten der Kapitalgesellschaften zu berauben. Wenn nicht vollkommen einwandfreie Beamte das Reich dort an Ort und Stelle vertreten, so dürfen wir danach überhaupt keine Bahn in den Kolonien konzederen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch alle unsere übrigen Bedenken gegen die Vorlage sind nicht gemindert, sondern noch verhärtet worden durch das, was sich mittlerweile abgespielt hat. Ich habe schon damals darauf hingewiesen, daß die Kolonialinteressenten mit der Bahn von Duala nach den Manengubabergen nicht zufrieden seien, sondern ihre Verlängerung nach dem Tschadsee forderten. Heute hat Herr Semler diesen Ruckbau für geradezu selbstverständlich erklärt. Der Kolonialdirektor erklärte zwar in sehr diplomatischer Sprache, daß vorläufig bei der Negierung ein solcher Plan nicht bestehe, aber solche Absichten gibt ja die Verwaltung vor der endgültigen Beschlußfassung in allen Instanzen nie zu. So lange ein derartiger Beschluß nicht in den Akten steht, werden die Regierungsbereiter immer so reden wie heute. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Interessenten aber, zu denen als Helfer auch der Abg. Semler gehört, gesehen ganz offen, daß diese Teilbahn gar keinen Sinn hätte, wenn sie nicht weiter gebaut würde. Der Abg. Semler äußerte heute wieder ganz phantastische Forderungen auf Kamerun, wie sie ja manche Reichstagsabgeordnete seit der Börmann-Freifahrt nach Togo und Kamerun vertreten haben. So schwärmte der Abg. Storz von dem Hafen von Duala, der unschwer zu auszubauen sei wie der von Lissabon. (Heiterkeit.) Ich bezweifle wirklich, daß Sie in den acht Tagen, in denen Sie auf dem Buri herumgegendelt sind (Heiterkeit), ein so sicheres Urteil über die Tiefenverhältnisse, die Wasserhältnisse, die Dauer des Wasserzuges, die Versandungsmöglichkeiten usw. gewonnen haben. (Lust des Abg. Storz.) Ach, seien Sie doch still, Sie sind ja doch nur ein Africanus Minor gegenüber dem Africanus Major Dr. Semler. (Stürmische Heiterkeit.) Leute, die nicht nur acht Tage auf Börmannsdampfern in Kamerun herumgefahren sind, sondern alle Kenner des Landes, toarnen, wie aus einer uns zugewandten Schrift hervorgeht, vor einer derartigen Ueberhöhung des Hafens von Duala und erklären, die hier gewählte Bahnroute für die allerungünstigste zur Verwertung der Landesprodukte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Semler hat ausdrücklich gesagt, daß die Bahn mindestens weitergebaut werden müsse bis in das Innere, wo das Öl gewonnen wird. Das kann aber nur geschehen nach dem Benuc-Bediet hin, und es ist schon darauf hingewiesen worden, daß das natürliche Handelsgebiet für die Produkte dieser Gegend der englische Hafen Lagos und das Nigergesbiet ist. — Aus all diesen Gründen stehen wir dem Bahnbau sehr skeptisch gegenüber. Dazu kommt dann noch das ganze System, nach dem die Bahn gebaut werden soll. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, wenn irgend welche Kolonialinteressenten in Deutschland den Wunsch haben, spekulative Unternehmungen in den Kolonien anzufangen, sie auch allein die Kosten zu tragen haben und daß ihnen nicht das Reich, d. h. die deutschen Steuerzahler, das Risiko abnehmen darf, wie es hier geschieht, indem von 17 Millionen 11 Millionen garantiert werden sollen. Herr Erzberger hat schon über das Abkommen zwischen dem Kamerunsyndikat und der neuen Kamerun-Eisenbahn-Gesellschaft gesprochen. Danach hat das Kamerunsyndikat 1. 120 000 M. zum Ertrag seiner baren Auslagen erhalten, 2. 300 000 M. Aktienfranko Baluta, 3. drei Aufsichtsratsstellen in der neuen Gesellschaft und 4. der Direktor des Syndikats, Herr René, ein Honorar von 50 000 M. Von diesen 50 000 M. hat der Vertreter des Kolonialamts bisher nicht gesprochen. Es fragt sich nun zunächst, ob für die neue Gesellschaft überhaupt ein juristisches Recht besteht zur Rückzahlung der von dem Syndikat vorausgelagten 120 000 M. Herr Legationsrat Hefferich sprach von einem moralischen Anspruch des Syndikats; er meinte, es wäre nicht nobel von der Gesellschaft gewesen, wenn sie die Auslagen nicht erstatte hätte. Nun, 120 000 M. Provision für den Herzog von Schleswig-Holstein, den Herzog von Ljest und eine Anzahl Großkapitalisten mag sehr nobel sein, aber das ist eine Roblesse, zu der man nicht obligiert ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Spekulanten große Gewinne erhoffen, dann müssen sie auch wie alle Spekulanten die Verluste ertragen. Ich komme nun zu den 300 000 M. Aktienfranko Baluta, und da kann ich beim besten Willen nicht anerkennen, daß irgend eine Rechtfertigung dieser Summe heute vom Regierungstisch aus gegeben ist. Der Legationsrat Hefferich hat gesagt, das sei ein alter kaufmännischer Grundfay, daß ein neues Syndikat einem alten, das sich mit derselben Sache beschäftigt habe, einen gewissen Anteil am Gewinn abgebe. Herr Geheimrat Hefferich hätte vollkommen recht, wenn es sich um ein rein privates Privatkapital gehandelt hätte. Dann könnte man es den Leuten nicht verdenken, daß die Leute den anderen Anteil an einem möglichen Spekulationsgewinn geben. Aber hier ist diese Prämie, diese Provision, dieses Douceur gegeben worden nicht als Teil eines erzielten Gewinnes, sondern als Teil des Aktienkapitals. Alle anderen Leute zahlen ein. Diese hohen Herren aber nicht. Trotzdem bekommen sie späterhin auf ihr nicht eingezahltes Kapital den betreffenden Anteil am Gewinn! Ich möchte doch die Herren Kaufleute, die lokale Geschäfte machen, ausdrücklich verwahren, daß solche Grundfays, wie sie hier geübt werden, bei ihnen allgemein seien. Ich hoffe, daß hier auch Kaufleute zu Worte kommen, die diese Frage vom Standpunkte der kaufmännischen Loyalität behandeln. Wenn die Leute gesagt hätten, sie sind eventuell bereit, von dem Reingewinn einen gewissen Prozentsatz abzugeben, so wäre das auch etwas anderes gewesen. Aber so liegt die Sache hier nicht. Wir kommen nicht darüber hinaus, daß diese 300 000 M. als Zukunftsprämie, als Douceur gegeben sind, und zwar unter Garantie des Reichs, also auf Kosten der Steuerzahler. Und wenn noch irgend etwas nötig wäre, um die Ueberzeugung bei uns zu befestigen, daß wir diesem ganzen Unternehmen gegenüber



# Die Revolution in Rußland.

## Furcht vor dem Bauernaufstand.

Moskau, 17. Januar. Gestern Abend ist hier das Bureau des Kongresses der Adelsmarschälle von ganz Rußland zusammengetreten. Jeder Bezirk hat zwei Marschälle geschickt. Der Zweck des Kongresses ist, außer den Wahlen die Feststellung von Maßregeln, welche bezwecken, den Aufstand niederzulassen, und der Bauernbevölkerung größere Landereien zur Verfügung zu stellen.

Im Gouvernement Besarabien ist ein Bauernaufstand ausgebrochen. Das Bauernkomitee hat beschlossen, alle Privatgüter zu Bauernbesitz zu erklären. Der Kreis Orgejew wird durch schreckliche Brandstiftungen heimgesucht.

## Reiterade Truppen.

Die „Daily Tribune“ meldet aus Petersburg, daß in Dinamünde ein Kampf zwischen Artillerie und Infanterie stattfand. Die Infanterie hatte gemeutert, und die Artillerie wurde herbeigeholt, um die Meuterei zu unterdrücken. Dies erfolgte ohne große Mühe. Die Verluste beschränkten sich auf 28 Tote und viele Verwundete. General Serier, welcher die Artillerie kommandierte, wurde schwer verwundet.

## Bombardement einer Stadt.

Petersburg, 18. Januar. Wie gemeldet wird, befindet sich die Stadt Soche (?) in den Händen der Revolutionäre und wird augenblicklich bombardiert.

## Proklamation der Republik.

Petersburg, 18. Januar. Die „Vrsh. Wjed.“ melden gerüchtwaise, daß in Kasan bereits die Republik proklamiert wurde. Ein Gouverneur ist zum Präsidenten gewählt worden, der bereits alle Funktionen eines Staatsoberhauptes ausübt.

## Standrecht in Warschau.

Warschau, 18. Januar. (W. L. W.) Die Mitglieder der anarchischen-kommunistischen Organisation Kozenski, Polyschein, Rifkind, Scheier und Pfeffer sind wegen verschiedener Bombenattentate zum Tode verurteilt und heute in der hiesigen Festung erschossen worden.

# Aus der Partei.

## Ein Erfolg der Sozialisten.

500 neue Abkommen hat die „Breslauer Volkswacht“ innerhalb der letzten Woche zu verzeichnen. In Breslau wird die Verfolgung der Arbeiterbewegung am schärfsten betrieben. Das harte Urteil von einem Jahr Gefängnis gegen den Genossen Löbe ist ein scheinendes Beispiel dafür. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist nicht auf Seiten unserer Gegner, er ist auf unserer Seite. Die 500 neuen Abkommen der „Volkswacht“ sind 500 Schwürzeugen für die ewige Wahrheit, daß man Ideen nicht auf den Scheiterhaufen zu schleppen vermag!

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zu 600 Mark Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis wurde am Donnerstag vor dem Königsberger Strafamt der Redakteur des Königsberger Parteiblattes, Genosse Marchionni, wegen Verleumdung der Danziger Polizei verurteilt. In Nr. 209 der Königsberger „Volkswacht“ vom 6. September v. J. war ein Artikel erschienen, in dem die Vernehmung des Vorsitzenden der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genossen Ewert-Danzig, auf der Polizei geschildert wurde. Ewert war in den Verdacht geraten, anderen Leuten Schriftstücke angefertigt zu haben und sollte deshalb auf Antrag der Amtsverwaltung vernommen werden. Er schickte als Zeuge vor Gericht die Sache folgendermaßen: Der Polizeikommissar Selmann habe ihn nach seinen Personalien gefragt, und da habe er gesagt, er wolle erst wissen, um welche Sache es sich handle, früher gebe er seine Personalien nicht an. Darauf habe der Polizeikommissar gesagt, er möge nicht so frech sein, sonst lasse er ihn einsperren. Dann habe er ihn nach einem weiteren Wortwechsel in ein anderes Zimmer geführt, wo sich zwei Kriminalbeamte befanden. Einem dieser Beamten habe der Polizeikommissar befohlen, von Ewert eine Schriftprobe abzunehmen. Ewert habe erklärt, dazu keine Zeit zu haben, darauf habe der Kriminalbeamte mit dem Ton zu Ewert gesagt: „Wenn Sie einmal hier sind, dann haben Sie auch zu schreiben!“ Darauf sei Ewert eingeschüchtert worden und habe nach dem Diktat des Beamten geschrieben. In der „Volkswacht“ wurde dieser Vorfall kritisiert und angegeben, was für Paragraphen in Betracht kommen, wenn Beamte Gesandnisse erschaffen und ein Vorgesetzter Untergebene dazu verleitet. Darin wurde besonders die Schwere der Verleumdung gefordert. Der Polizeikommissar und die beiden Kriminalbeamten stellten unter ihrem Eide die ganze Angelegenheit sehr harmlos dar und behaupteten, den Ewert sehr höflich behandelt zu haben. Ewert wurde nicht verurteilt, da er dringend verdächtig sei, das Material zu dem Artikel geliefert zu haben. Der Verteidiger beantragte, das Verfahren einzustellen, da dieser Artikel zusammen mit einem anderen, auf Grund dessen der Angeklagte ebenfalls wegen Verleumdung der Danziger Polizei zu 400 M. verurteilt worden ist, zusammen in die Druckerei gegeben und nur durch technische Schwierigkeiten nicht an ein und demselben Tage erschienen sei. Deshalb sei die Tat als ein einheitlicher Wille anzusehen und es könne nur eine Bestrafung erfolgen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis; der Gerichtshof stellte sich nicht auf den Standpunkt des Verteidigers, sondern erkannte auf die obige Strafe.

Serbische Justiz. Wegen unser serbisches Parteiblatt „Korodna Nees“ war kürzlich ein Prozeß angestrengt worden. Der Verfasser des inkriminierten Artikels war aber nicht zu ermitteln und so zog man den Genossen Jfivandovic zur Verantwortung. Dieser war aber zurzeit des Erscheinens des betreffenden Artikels gar nicht mehr Redakteur dieses Blattes; nur war sein Austritt aus der Redaktion den Behörden nicht gemeldet worden. Alle Einwendungen lassen ihm nichts, er wurde zu drei Monaten Staatsgefängnis verurteilt. — Das ist wenigstens einmal etwas Originelles auf dem Gebiete der Sozialistenverfolgung; so etwas haben wir selbst in Deutschland noch nicht erlebt — bis jetzt.

# Aus Industrie und Handel.

## Ein Sieg des Freihandelsprinzips.

Nam in einem Punkte herrscht in Deutschland eine solche Einmütigkeit wie in dem Mißbehagen über die neuen Handelsverträge. Das ist der Punkt der hohen Tar. Das Instrument zu diesen Verträgen wurde durch einzig dastehende parlamentarische Gewalttätigkeiten erzwungen. Genießt bei manchen der „Anzufriedenen“ kann man unfehlbar den Zustand erkennen. Aber alles lamentiert. Unsere Fäuler murren, weil sie mit dem Ansturm der Leute noch nicht zureichen sind, den Großindustriellen kommt doch etwas Grauen wegen der zweifellosen Ertragsverwertung der Exportmöglichkeit unserer Industrie, die Verarbeitungswerke jammern, weil sie als Exporteure die Hauptleidtragenden sind, die Konsumenten schauen mit trübem Blick in die Zukunft; es herrscht eine fast allgemeine Verdrossenheit. Und in England doch Joe Chamberlain

umher als Wanderrhetor für den Schutz Zoll. Man könnte den Erfolg des Chamberlain'schen Feldzuges in Frage ziehen, darüber ist jeder Zweifel ausgeschlossen, der deutschen Agrarier maßloses Begehren hat ihn einen prächtigen Resonanzboden geschaffen. Aber der weitwichtige praktische Blick des Engländers als Kaufmann ließ sich durch Scheingründe und Argumente doch nicht täuschen. Die jetzt vollzogenen Parlamentswahlen bedeuten einen vollen Sieg des Freihandelsprinzips, eine komplette Niederlage der Schutzzollpartei. Und im Anschluß hieran zeigt sich wieder mal die Kurzsichtigkeit gewisser Handelskreise in Deutschland. Für Deutschlands Industrie ist der Sieg des Freihandelsprinzips in England von ganz respektabler Bedeutung. Gewiß nicht um der deutschen Industrie die Verdoppelung der durch den deutschen Zolltarif erkitteten Verwundung zu ersparen, selbstverständlich nur aus eigenem Interesse bezichtigt England darauf, Salz und Pfeffer in unsere Wunden zu streuen. Man schiebt den Zollseil nicht ab, weil man weiß, daß er mit unfehlbarer Sicherheit stets auch den Schützen verletzt. Wir haben's zu sattfam erfahren. Der Ausfall der Parlamentswahlen in England ist daher als Lichtbild in das Dunkel der zukünftigen Handelsverhältnisse zu bewerten. Aber auf unsere Vorse, die feindselig darauf reagiert, wie ein Minister sich räuspert, wie er spuckt, die weiterwärtiger wie das Wetter, heiter lacht, wenn aus grauen Wolken der Regen rieselt, und Trübsal schmilzt, wenn die Sonne lacht, macht das Ereignis in England, das dort selbst wahre Sensation hervorrief, gar keinen Eindruck. Die sich darin dokumentierende Verstandlosigkeit in handelspolitischen Fragen erklärt zu einem guten Teil die Stärke der Schutzpolitik in Deutschland.

Und immerfort Preiserhöhungen. Die oberösterreichische Kohlenkonvention beschloß in ihrer gestrigen Versammlung eine vom 1. April ab in Kraft tretende Erhöhung der Preise um 50 Pf. pro Tonne. — Auch die Holzpreise ziehen schon seit einiger Zeit an. Es wurde z. B. wie der „V. Jg.“ aus Hannover geschrieben wird, auf einer in Kl. Abteiden bei Hildesheim abgehaltenen Brennholzauktion das Meter Buchenbrennholz im Durchschnitt mit mehr als 7 M. bezahlt, ein Preis, der seit 20 Jahren dort nicht erzielt worden ist.

Stimmen gegen Zollkrieg. Auch in amerikanischen Handelskreisen weckt das Gekwisp eines drohenden Zollkrieges vielfache Besorgungen. Es werden, wie dem „Daily Telegraph“ aus Washington gemeldet wird, vielfach Versicherungen über die Untätigkeit des Kongresses laut, und gleichzeitig erhalten die Kongressvertreter der landwirtschaftlichen Staaten des Westens von ihren Wählern Briefe mit der Bitte, einen Zollkrieg zu verhindern.

Kriegsgerichte und Börse. Obwohl die öffentliche Meinung, die in Italien eine große Gleichgültigkeit in den Fragen äußerer Politik zeigt, sich nicht recht erheben will, weilt ein Teil der italienischen Presse seit Wochen die blutigen Kriegerischen Propheten. Dieser Teil stellt sich so an, als ob er allen Ernstes die Frage eines italienischen Eingreifens im Falle eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland erwäge, eines Eingreifens zugunsten Deutschlands, das durch die geheimen Klauseln des Dreibundes dem Lande zur Pflicht gemacht sein soll. Trotz der wiederholten beruhigenden Erklärungen der ministeriellen Blätter kehren besonders die Mailänder und Genueser Zeitungen immer wieder auf diesen Punkt zurück, wobei übrigens die gesamte Presse nicht verhehlt, daß die italienischen Sympathien viel mehr auf französischer, als auf deutscher Seite liegen! Auf alle Fälle ist aber die Versicherung friedliebender Tendenzen, in denen sich die offiziellen Blätter erschöpfen, bitter ernst gemeint. Kriegsgefühle hat die italienische Bourgeoisie wahrhaftig nicht, nicht einmal gewisse Sphären der Hochfinanz. Ihr Lebensinstinkt selbst weist sie auf eine friedliche Politik.

Wenn trotzdem die italienische Presse ganz besonders freivol mit dem Gespenst des Krieges gedroht hat, so dürfte sich die teilweise Erklärung dafür in den Börsenberichten finden. Während die Börse in London und Berlin in geringem Maße einen Rückschlag der Marokkofrage spürt, sind die norditalienischen Börsen seit einer Woche viel nervöser als sogar die Pariser. Ueber alle Werte, ohne Ausnahme, weht ein bedrückender Wind der Baisse. Die festesten Aktien beugen sich darunter. Es handelt sich hier offenbar um Manöver der Spekulation, denn es fallen auch solche Werte, die bei erstgenannten Kriegsgerüchten steigen müßten, wie z. B. die Stahlwerke Terni, die im Laufe der Woche um 85 Lire pro Aktie fielen. Daß nicht politische, sondern Börsengründe vorliegen, erhellt auch daraus, daß die norditalienischen Märkte viel unruhiger sind als der römische, der doch an der Quelle der politischen Nachrichten ist. Die römische Börse ist nicht etwa an sich widerstandsfähiger gegen Depressierende Einflüsse — im Gegenteil, sie ist aber weniger der Lummelplatz der hohen Spekulation, wie sie in Mailand und vor allem in Genua ihr Wesen treibt.

Die sozialistische Presse verhält sich abwartend und begnügt sich darauf hinzuweisen, daß man heute nicht mehr mit Diplomaten-tüfeln Kriege heraufbeschwört, von denen das Proletariat nichts wissen will. Der „Avanti“ hat an hervorragender Stelle den Rufus der Konföderation du Travail abgedruckt und sich sonst auf die Tageschronik der Ereignisse beschränkt.

Im Ernst glaubt jeder an einen friedlichen Ausgang — aber es ist so pilant, mit hohen Worten um sich zu werfen, selbst wenn nichts dabei herankommt als hohe Börsenprofite schlauer Spekulanten.

Amerikas reichste Fruchtammer ist der Staat Kalifornien, der sich in den letzten Jahren großartig entwickelt hat. Vor 50 Jahren noch suchte dort jedermann nur nach Gold, die Fruchtbarkeit des Bodens wurde erst später geschätzt. Jetzt ist eine ausgedehnte Obstkultur entstanden. Ganze Bahnzüge frischer wie eingemachter und getrockneter Früchte gingen nach dem Osten. Besonders das vergangene Jahr brachte eine reiche Ernte. Kalifornien steht erst am Anfang seiner Entwicklung. Die Fruchtbarkeit des Bodens wird erst zu einem Teile ausgenutzt. In der Jahresübersicht des „California Fruit Grower“ sind einige Zahlen angegeben, die zeigen, welche Menge von Früchten im Jahre 1905 von Kalifornien aus versandt wurden. Da sind aufgezählt: 73 885 Tonnen frischer Früchte, 3 801 516 Kisten mit Konserven, 65 050 Tonnen getrockneter Früchte, zu einem großen Teile Pflaumen. In Kalifornien gedeihen alle Obstgattungen, mit Ausnahme der Sorten, die nur in den Tropen reifen. Ständig wächst die Ausfuhr von Zitronen und Orangen, und immer ausgedehnter werden die Anlagen der großen Orangenhaine und Obstgärten. Besonders der Süden des Staates ist reich hieran. Große Erfolge im Obstbau erzielen neuerdings auch die beiden anderen Staaten am Stillen Ozean, nämlich Washington und Oregon. Viel Obst geht auch von hier nach den Märkten in Europa.

Diskontherabsetzung. Der Diskont der Reichsbank ist gestern auf 5 Proz. der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren auf 6 Proz. herabgesetzt worden.

Ein Rekordjahr für Konfektionäre. Der „Konfektionär“ schreibt: „Die Reifeorders gehen bis jetzt nicht unbefriedigend ein. Man hat zu klagen keinen Grund. Wenn sonst stets in den ersten Wochen hauptsächlich die großen Orders eintrafen, weil die großen Kunden zuerst besudt werden, so fällt es diesmal angenehm auf, daß auch jetzt noch nicht die geringste Verminderung im Einpangne bedeutender Aufträge eingetreten ist. Man kann sogar behaupten, daß die auf der Reise gemachten Umsätze erheblich größer sind als in früheren Jahren, wie denn überhaupt das Reifegeschäft wieder immer mehr an Bedeutung zunimmt. Dafür gibt es mannigfache Gründe. Es gibt bestimmte Artikel, welche beinahe das ganze Jahr gehen und die man deshalb — unabhängig vom Saisonbedarf — sofort haben will. Hierzu gehören vor allem Kostüme und Regenmäntel. Selbst Staudmäntel müssen bereits jetzt bestellt werden, sonst wird man sie später bei der Knappheit der Stoffe kaum erhalten können. Eine andere Eigentümlichkeit des diesjährigen Reifegeschäftes ist es, daß die großen Firmen die bestellten Waren viel frühzeitiger als sonst haben wollen. Ein großer Teil der Orders ist mit Vorzeit Ende Januar ausgegeben worden. Daher kommt es, daß die Arbeiter schon jetzt stark beschäftigt werden, wie man denn überhaupt mit einem frühen Einsetzen der Saison zu rechnen haben wird. Schon jetzt bemerkt man tagtäglich Käufer hier, welche

ihre Frühjahrseinkäufe besorgen. Tempora mutantur, die Zeiten ändern sich! Früher wurden Frühjahr-Reifeorders mit Vorzeit per Eiern bestellt. Heute gehört Ablieferung im Januar nicht zu den Seltenheiten. Von einigen Firmen wird uns berichtet, daß das Jahr 1906 für sie in bezug auf Frühjahr-Reifeorders ein Rekordjahr ist, wie es seit langen Jahren nicht dagewesen ist. Dasselbe wird uns übrigens auch von vielen anderen Konfektions- und Modewarenbränden berichtet.“

Wer zurzeit die Ausstattung der Heimarbeiter besucht, kann dort erfahren, daß in der Konfektion teilweise geradezu skandalös erbärmliche Löhne gezahlt werden. Da darf man wohl erwarten, daß die armen Lohnflaven von der als glänzend geschilderten Konjunktur auch etwas profitieren.

## Geschäftslage der Maschinenindustrie.

Aus den Geschäftsergebnissen einer Reihe Maschinenbauanstalten, sowohl großer als auch kleiner Betriebe, für das Jahr 1905 geht hervor, daß eine geringere Dividende als im Vorjahre nur ganz wenigen Gesellschaften verteilte; bei fast allen geht die Verzinsung des Aktienkapitals über die vorjährige hinaus. Bei circa 20 der wichtigsten Maschinenbaugesellschaften verzinste sich 1904 das Aktienkapital zu circa 8 Proz., im Jahre 1905 dagegen schwankt die Dividendenziffer zwischen 11 und 12 Proz. Für die Ausstattung der Landwirtschaft bieten sich der deutschen Maschinenindustrie noch recht günstige Aussichten. In den ersten elf Monaten 1905 führten die Vereinigten Staaten rund 134 000 Doppelzentner landwirtschaftliche Maschinen nach Deutschland aus gegen rund 95 000 im Jahre 1904. Auch Großbritannien trug zu der Einfuhrsteigerung bei. Für die deutschen Exporteure sind die Chancen weniger günstig, da der Hauptabnehmer Rußland seine Bezüge aus Deutschland eingeschränkt hat. Die Geschäftslage im Werkzeugmaschinenbau, der in ausgedehntem Maße für das Ausland arbeitet, war ebenfalls sehr befriedigend. Hier trat bemerkenswerterweise gerade Rußland als starker Abnehmer auf. Seit 1903 vergrößerte es seine Bezüge aus Deutschland in den ersten 11 Monaten um rund 14 000 Doppelzentner oder 50 Proz. Noch stärker war die Ausfuhrsteigerung nach Oesterreich.

# Soziales.

Eine Arbeitsordnung für kaufmännische und gewerbliche Angestellten. Nachstehend veröffentlichen wir aus unserer Sammlung den Inhalt einer Arbeitsordnung, wie er als Teil des Arbeitsvertrages von einer Berliner Firma (Goldfelder u. Meherheim, Neue Königstraße 34) mit ihren gewerblichen und kaufmännischen Angestellten vereinbart ist. Der Inhalt zeigt, wie dringend notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß der kaufmännischen und gewerblichen Kaufmannsgehilfen ist.

Im Artikel 1 wird über die Arbeitszeit festgesetzt: „Sämtliche Wochentage sind Arbeitstage. Die zehnstündige Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet mit Ausnahme der vom Gesetz und von der Geschäftsleitung vorgeordneten Tage um 1/9 Uhr abends. Diefelbe kann auch anordnen, daß wochentags bis 9 Uhr und an Sonn- und Feiertagen die Arbeit in den gelegentlich zugeordneten Stunden aufgenommen wird. In letzterem Falle werden am vorhergehenden Tage Bekanntmachungen, die von den Angestellten zu unterzeichnen sind, erlassen. Unterbrechungen der Arbeitszeit finden an Wochentagen für die Frühstückspause zwischen 1/10 bis 12 Uhr und für die Vesperpause zwischen 1/5 bis 7 Uhr, je 1/4 Stunde statt. Die Mittagspause beträgt 1/2 Stunden, kann aber von der Geschäftsleitung noch bis um 1/2 Stunde verlängert werden und wird von der Geschäftsleitung für jeden Angestellten festgelegt. Die achtstündige Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet um 6 Uhr nachmittags, mit Unterbrechungen von einer Stunde, in welcher Zeit das mitgebrachte Essen am Platze zu verzehren ist. Bezüglich der Arbeit an Sonn- und Feiertagen treffen auch bei achtstündiger Arbeitszeit die Bestimmungen wie bei der zehnstündigen Arbeitszeit zu. Speisen, sowie Getränke (nicht Bier oder Schnaps) hat sich jeder Angestellte mitzubringen und im Geschäftshause zu verzehren.“

Diese schon dehnbare Arbeitszeitregelung verliert durch eine Vorschrift im Arbeitsvertrag jeden Wert. Diese lautet nämlich:

„Sollte dem Angestellten eine andere (gewerbliche) kaufmännische Beschäftigung als die vereinbarte angewiesen werden, so ist derselbe hierzu ohne weiteres verpflichtet. Auch außerhalb der vereinbarten Zeit muß der Angestellte, ohne Vergütung dafür zu erhalten, arbeiten.“

Als Kündigungsfrist ist für gewerbliche Arbeiter die eintägige, für Handlungsgehilfen die gesetzliche Kündigungsfrist (ein Monat) vorgegeben.

Eine Reihe Artikel der Arbeitsordnung treffen Bestimmungen über das Verhalten im Geschäft. Dann heißt es im Artikel 4 im Widerspruch mit § 304 B. G. B.:

Für den Schaden, welcher der Firma durch einen Angestellten infolge Verstoßes gegen die Arbeitsordnung entsteht, ist der betreffende Angestellte verantwortlich, und hat sich den dem Schaden entsprechenden Betrag bei der Zahlung des Gehaltes in Abzug bringen zu lassen. Beschwerde hiergegen ist innerhalb 8 Tage nach Feststellung bei der Geschäftsleitung vorzubringen.“

Als Entlassungsgründe werden außer den im § 72 des Handelsgesetzbuchs vorgesehenen eine Reihe anderer festgesetzt. Es sollen die Angestellten ohne Entgelt sofort entlassen werden können:

- a) Wenn der Angestellte bei Abschluß des Engagements falsche Angaben irgend welcher Art über seine Person gemacht hat, und wenn er Verfehlungen an einer früheren Stellung verschwiegen hat.
- b) Wenn er ungeachtet erfolgter Verwarnung mit Feuer und Licht unvorsichtig umgeht und die gesetzlichen Bestimmungen, die den Gistverkehr betreffen, zu beachten unterläßt.
- c) Wenn trotz erfolgter Ermahnung im Geschäft oder außerhalb desselben mit dem im Geschäft Angestellten des anderen Geschlechts anstoßerregender Verkehr unterhalten wird.
- d) Wenn er sich weigert, seinen Dienstverpflichtungen nachzukommen oder wenn er sich Verletzungen oder Tätlichkeiten gegen den Chef, die Angestellten oder die Kunden zuschulden kommen läßt.
- e) Wenn der Angestellte zu einer Freiheitsstrafe verurteilt ist.
- f) Wenn derselbe sich der Trunkenheit ergibt, oder Hazard spielt, oder einen ungebührlichen Lebenswandel führt.
- g) Wenn der Angestellte beim Engagement verschweigt, daß er an einer chronischen oder organischen Krankheit leidet.
- h) Wenn er im Falle einer Erkrankung nicht spätestens am zweiten Tage ein ärztliches Attest der Firma einreicht.
- i) Wenn er im Falle einer Erkrankung die ärztliche Erlaubnis hat, täglich auszugehen und sich nicht einen Tag über den anderen im Hauptkontor der Firma persönlich meldet.
- k) Wenn er im Krankheitsfalle auf Verlangen der Geschäftsleitung sich nicht von einem von der Firma bezeichneten Arzte untersuchen läßt und die Arbeit entgegen dem Gutachten dieses Arztes über seine Arbeitsfähigkeit nicht aufnimmt.
- l) Wenn er von den Waren nachst.
- m) Im Falle einer von der Geschäftsleitung angeordneten Untersuchung (für weibliche Angestellte von einer Dame, für männliche Angestellte von einem Herrn) diese nicht erlaubt.
- n) Wer sich Zuwendungen irgendwelcher Art von Lieferanten oder von Kunden machen läßt. (Derartige Anerbieten sind sofort einem der Chefs anzugehen.)

Vorstehende Gründe rechtfertigen die Entlassung nicht mehr, wenn dieselben der Geschäftsleitung länger als acht Tage bekannt sind.





**Schleifen.** Als er in seiner Rede die Worte gesagt haben soll: „Der Herr gebe Dir Deinen Frieden“, soll ein Teilnehmer des Begräbnisses, der Maurer Stumbries gerufen haben: „Den (nämlich den Frieden) brauchen wir nicht!“ Ein Schuhmann mischte sich sofort in die Angelegenheit ein, es kam zur Arrestierung des Maurers und dabei soll der Arrestant noch den Schuhmann beleidigt haben. Wegen dieser „Verbrechen“ hatte sich der Maurer vor einigen Tagen vor der Königsberger Strafkammer zu verantworten. Er stellte die Dinge am Grabe anders dar. Der Staatsanwalt beantragte für die angebl. Störung eines Gottesdienstes eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten und für die Beleidigung des Polizisten drei Monate, insgesamt sechs Monate. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. — Ein Frevler soll nach Ausspruch des Kriegsministers seine Straftat mit „seinem Gott“ abmachen. Danach ist es nicht erfindlich, weshalb und gar auf so hohe Strafe erkannt ist. Ober gilt der Grundsatz nur für Leute in Uniform und für solche, die an einen Kriegsgott glauben?

**Die Verichte über den Nordostseeanal.** Wegen den Fiskus des Deutschen Reiches hatte die Hamburger Reederei eine Klage auf Schadenersatz erhoben für einen ihr zugefügten Schiffschaden infolge Zusammenstoßes im Nordostseeanal zwischen einem ihr gehörigen Schiffe und einem Dampfer des Besagten. Fest steht, daß der Zusammenstoß durch Verschulden der Besatzung des Kranes erfolgt war. Nur bestreitet das den Besagten vertretende Kanalamt eine Ersatzpflicht der Klägerin gegenüber, da in dem Durchfahrungsvertrag des Nordostseeanal passierender Schiffe der Passus enthalten ist, daß das Deutsche Reich keinerlei Haftung für Schäden übernehme, die dem Schiffe beim Passieren des Kanals zustoßen, auch dann nicht, wenn solche Schäden durch seine Beamte veranlaßt werden. Landgericht und Oberlandesgericht Kiel schenken den Ausführungen des Kanalamts in Kiel kein Gehör, sondern verurteilen den besagten Fiskus zum Ersatz der 1800 M. betragenden Reparaturkosten, sowie zur Anerkennung der übrigen Schadenersatzverpflichtung dem Grunde nach. Das Oberlandesgericht geht davon aus, daß der Nordostseeanal eine öffentliche Wasserstraße darstelle, die dem Verkehr nicht verschlossen werden könne. Der Vertrag sei also ganz ohne Bedeutung, da bei Nichteingehung auf die betreffende Verpflichtung des Kanalamts dem Reeder bei Erfüllung der übrigen Verkehrsverpflichtungen die Durchfahrt nicht verweigert werden konnte. Dieses Urteil hatte der Besagte vor dem ersten Zivilsenat des Reichsgerichts durch Revision angegriffen, indem er dem Durchfahrungsvertrag eine privatrechtliche Natur beimah. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauen und Mädchen! Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen!

Besucht am Sonntag, dem 21. Januar, die Volksversammlungen, die von der sozialdemokratischen Partei einberufen sind. In diesem Tage müßt Ihr Euch von den gewohnten Pflichten und den Sorgen des Kochherdes frei machen. In diesem Tage hat nicht nur die Frau mit dem Manne zusammen, es haben alle erwachsenen weiblichen Proletarierinnen die Versammlungen zu besuchen. Gilt es doch, zu protestieren gegen die Junkerherrschaft, gegen ein raffiniert ausgeklügeltes Dreiklassenwahlrecht, welches den Vertretern des arbeitenden Volkes den Eingang in das Abgeordnetenhaus wehrt. Der volksfeindliche Einfluß dieses Gesetzgebungskörpers zeigt sich täglich. Man braucht Euch Mütter nur daran zu erinnern, wie sehr man bestrebt ist, die Volksschulen zu verschlechtern, wie dies Parlament sich weigert, die preussische Gesinde-Ordnung zu beseitigen. Mütter, Arbeiterinnen, Ihr habt in Preußen heute noch kein freies Vereins- und Versammlungsrecht, Ihr werdet mit Schülern und Lehrlingen auf eine Stufe gestellt! Mit den kleinlichsten Schikanen werdet Ihr durch die Handhabung der Gesetze oft der winzigen Broden von Recht beraubt.

Arbeiterinnen, Genossinnen! Diese Versammlungen gelten nicht nur dem Protest gegen das bestehende Massenparlament, sondern der Forderung nach einem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht, für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Es ist eine Demonstration zugunsten des Wahlrechts für Männer und Frauen.

In Massen müßt Ihr daher in den Versammlungen erscheinen. Zu einer gewaltigen, glänzenden Demonstration für unsere Forderungen müssen sich die Versammlungen gestalten. Es gilt Menschenrechte zu erringen, zum Heile Eurer selbst und Eurer Kinder, zum Heile der Menschheit! Hört den Ruf, keine Proletarierin darf fern bleiben.

Mit der Agitation unter den Frauen hat der sozialdemokratische Wahlverein in Jena durch eine öffentliche Frauenversammlung am 16. d. Mis. den Anfang gemacht. Frau Köhler aus Dresden referierte über das Thema: „Warum müssen sich die Frauen am öffentlichen Leben beteiligen?“ Die Versammlung, die durch mündliche Agitation unter den Frauen der Genossen gut vorbereitet war, hatte den überraschend großen Erfolg, daß sofort 88 Frauen ihren Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein erklärten. Durch Vorstandsbeschluss wurden die Frauen vom Eintrittsgeld befreit, für den Monatsbeitrag von 20 Pf. wird ihnen „Die Gleichheit“ durch den Verein gratis geliefert.

**Weissenfee.** Der hiesige Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält am Montag, den 22. Januar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Köpckestraße, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Herr A. Stern referiert über: „Die Entwicklungsgeschichte als Grundlage einer neuen Weltanschauung“. Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

**Treptow-Baumfchulweg.** Der hiesige Frauen-Bildungsverein feiert am Sonnabend, den 20. ds. Mis., bei Spehr, Baumfchulweg, sein erstes Gründungsfest. Wir laden hierdurch zum Besuche deselben ein. Das Festprogramm ist ein sehr reichhaltiges. Genossin Gradnauer hat es übernommen, die Festrede zu halten. Der Vorstand.

**Lichtenberg.** Am Montag, den 15. Januar, beginnt der „Bildungsverein für Frauen und Mädchen Lichtenbergs“ sein erstes Stiftungsfest. In seiner Festrede beleuchtete Herr Brühl die

Notwendigkeit der Frauenorganisation sowie Zweck und Ziele derselben. Seit der Gründung des Vereins habe sich die Mitgliederzahl verdreifacht, so daß zu erwarten ist, den Verein dauernd wachsen und blühen zu sehen. Auch der überaus gute Besuch des Festes zeigt, ein wie großes Interesse dem Verein entgegengebracht würde. Das berechtigte zu der Hoffnung, bei der zweiten Geburtsstagsfeier des Vereins den größten Saal zu benötigen. Mit einem dreifachen Begeisterungsausmaßem Hoch auf das Wachsen und Gedeihen des Vereins schloß Herr Brühl seine Ansprache. — Nachdem der Prolog gesprochen, erkundete der Jüthelklub durch heitere, liebevolle Weisen die Festteilnehmer. Auch das Weisenspiel der Kinder Geschw. Scheib wurde mit Beifall aufgenommen. Sodann trugen Vorträge ersten Ranges sowie humoristischen Inhalts zur Unterhaltung bei. Auch für die Langstüßigen war gesorgt, bis in die frühe Morgenstunde hielten die Leichtfüßigen aus. Alles in allem: wir können mit dem Stiftungsfeste vollauf zufrieden sein. Zu bemerken ist noch, daß mehrere Mitglieder dem Verein beigetreten sind. Die nächste Versammlung (Generalversammlung) findet am Montag, den 19. Februar statt.

**Köpenick.** Mittwoch, den 10. ds. Mis., fand im Lokal des Herrn Roll die Generalversammlung des hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins statt. Herr Gentlich referierte. Sodann fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Gewählt wurden: Frau Ludwig als erste, Frau Jakob als zweite Vorsitzende, Frau Pfeil als erste, Frau Kuring als zweite Kassiererin, Frau Dillan als erste, Frau Koppe als zweite Schriftführerin, als Revisorinnen Frau Riech, Frau Stala, Frau Mitsch, und als Beisitzerin Frau Werner. Drei neue Mitglieder wurden aufgenommen.

### Adressen der weiblichen Vertrauenspersonen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

**Aldershof,** Frau Klara Schindhelm, Widmarstr. 17. — **Brick,** Frau Emma Vogt, Bürgerstr. 12. — **Groß-Lichterfelde-West,** Frau Marie Ott, Altenstein- und Jährbedstrahlen-Ede. — **Köpenick,** Frau Anna Schubert, Kaiser Friedrichstr. 13. — **Kitzdorf,** Frau Anna Jäger, Dörflerstr. 15. — **Schöneberg,** Frau Emilie Bäumer, Martin Lutherstr. 50. — **Teltow,** Frau Emilie Kehler, Hoher Steinweg bei Jahlmann. — **Steglitz-Friedrichan,** Frau Helene Dräger, Ahornstr. 1 (Steglitz). — **Treptow-Baumfchulweg,** Frau Pauline Neues, Baumfchulweg 65. — **Wilmersdorf,** Frau Emma Tölle, Kochstr. 15. — **Zehlendorf,** Frau Franziska Dähm, Koudelstr. 1. — **Tempelhof,** Frau Marie Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 17 pt., Kreisvertrauensperson.

Alle Anfragen und Sendungen sind an die Kreisvertrauensperson, Frau Thiel, zu richten.

## Versammlungen.

**Der Verein der Zimmerer Berlin und der Umgegend** hielt am 14. Januar in den Industrie-Hallen seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal wies eine Einnahme von 9153,02 M. auf, die Ausgaben beliefen sich auf 7765,78 M., so daß der Ueberschuß 1387,24 M. betrug und das Vermögen des Vereins auf 55 713,56 M. stieg. Dann gab der Vorsitzende Juppelach den Bericht des Vorstandes über das verfloßene Jahr. Obgleich Friede im Gewerbe herrschte und der Tarifvertrag bis zum 31. März 1907 verlängert worden ist, war die Arbeit des Vorstandes keine leichte. Die Bauwirtschaft war im verfloßenen Jahre eine sehr rege, was nicht allein aus den am 30. Oktober ausgefüllten Fragebogen, sondern auch aus der Arbeitslosenstatistik hervorging. Arbeitslosen wurden im Jahre 1904 1941 gezählt, im verfloßenen Jahre nur 1279. In ungefähr demselben Maße haben sich auch die Krankheitswunden vermindert, ein Beweis für den engen Zusammenhang zwischen Krankheit und Arbeitslosigkeit. Auf dem Arbeitsnachweis meldeten sich 547 Arbeitslose, verlangt wurden 614, in Arbeit gebracht 376. Die Mitgliederzahl des Vereins stieg von 1728 auf 1947. Das Vermögen des Vereins ist um 14 428 M. gewachsen. In welcher Weise die freie Solidarität kämpfenden Arbeitern anderer Berufe gegenüber geübt wurde, zeigt der Umstand, daß für die Kämpfe im eigenen Berufe nur 567,87 M., für die in anderen Berufen 7200 M. geopfert wurden. In vielen Orten des Reiches fanden Lohnbewegungen der Zimmerer statt; die Kosten wurden jedoch größtenteils von den Mitgliedern der betreffenden Ortsvereine selbst aufgebracht. Im allgemeinen bezieht die Redner das Jahr 1905 als ein besonders dankwürdiges Jahr. Die Unternehmer suchten sich noch härter als bisher zu organisieren, aber auch die Arbeiterbewegung habe einen neuen Aufschwung genommen, was namentlich der durch den Vortrag Friedbergs über den Generalstreik eingeleitete Agitation zu danken sei. Schließlich erwähnte der Redner die Differenzen mit den Zentralorganisationen über die Gewerbeerichtswahlen, verurteilte scharf die Haltung dieser Organisationen und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß die Vertreter der Parteiorganisation nicht den nötigen Einfluß geltend machten, um hier eine Aenderung herbeizuführen. — In der Diskussion über diesen Bericht bemerkte ein Redner, daß nicht nur in Schöneberg, sondern auch in Charlottenburg das Kartell der Zentralorganisationen abgelehnt hat, den anderen Organisierten die ihnen ihrer Zahl nach zukommenden Sitze zu gewähren. — Dann gab der Bibliothekar Gumm seinen Bericht. Die Bibliothek zählt 478 Bände; angeschafft wurden im Laufe des Jahres 15, geschenkt 18 Bände. Gelesen wurden 251 Bände. — Von der Agitationskommission berichtete Schmidt. Er erklärte, daß die Kommission eifrig tätig war und auch Erfolge erzielt, wenngleich nicht in dem Maße, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die verfügbaren Kräfte reichten oftmals nicht aus und dann habe man auch in manchen Fällen nicht nur mit dem Indifferentismus der Arbeiter zu kämpfen, sondern auch mit dem Zentralverband. Notwendig sei es, daß jedes Mitglied die Arbeit der Kommission unterstütze. — Von der Tätigkeit der Reichsfachkommission berichtete Fischer, der zunächst bemerkte, daß die Unfallversicherer im Verufe nicht gefunten, sondern vielmehr noch gestiegen sei. Bei der Berufsgenossenschaft sind mit Hilfe der Kommission im ganzen 24 Anträge und Schreiben eingereicht worden. Von den Anträgen hatten 8 Erfolg, 7 wurden abgewiesen, einer ist noch nicht erledigt. Beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wurden 30 Verurteilungen wegen zu niedriger Rentenfestsetzung eingelegt; 12 davon wurden zugunsten der Arbeiter entschieden, 16 zu ihren Ungunsten und 2 sind noch nicht erledigt. Beim Reichsversicherungsamt wurden 6 Rekurse gegen Entscheidungen des Schiedsgerichts eingereicht, wovon 5 noch nicht erledigt sind und einer zurückgewiesen wurde. Außerdem wurden beim Reichsversicherungsamt sechs Rechtfertigungsschreiben gegen Rekurse der Berufsgenossenschaft eingereicht; sie hatten den für die Arbeiter günstigen Erfolg, daß die Entscheidungen des Schiedsgerichts bestätigt wurden. Bei den Gewerbeerichtungen in Berlin und den Vororten wurden 13 Klagen eingereicht, von denen fünf gewonnen wurden, zwei mit Vergleich endeten, drei abgewiesen.

zwei dem Amtsgericht überwiesen und eine zurückgezogen wurde. Beim Amtsgericht wurden neun Klagen erhoben, wobei es sich meistens um Lohnforderungen handelte, die größtenteils als berechtigt anerkannt wurden. Allerdings war es den Arbeitern trotzdem oftmals nicht möglich, zu ihrem Gelde zu kommen. Als Unternehmer, die sich in dieser Hinsicht besonders ausgezeichneten, wurden der Architekt Reichel, Luisenufer 46, und Maxcingel, Gleditschstraße 28, genannt. — Die Reichsdruckkommission hatte im verfloßenen Jahre im ganzen 108 Sachen zu erledigen, gegenüber 76 im vorhergegangenen Jahre. — Von der Tätigkeit des Gewerkschafts-Larrels gab der Vorsitzende Juppelach einen kurzen Bericht. Er bemerkte, daß dem Kartell jetzt 23 Organisationen mit ungefähr 10 000 Mitgliedern angehören und erwähnte sodann die verschiedenen Streiks, die tatkräftig unterstützt wurden. Zum Schluß erwähnte der Redner die durch Dr. Friedberg eingeleitete Generalstreikagitation und bemerkte, daß es notwendig gewesen sei, diesen in den Reihen des Kartells schon lange gepflegten Gedanken einmal gründlich zu diskutieren. — Nach einer kurzen Diskussion über die verschiedenen Berichte folgten die Vorstandswahlen. Sie hatten folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender Juppelach, zweiter Vorsitzender Erdmann, erster Kassierer Ernst Gumm, zweiter Kassierer Karl Hoffmann, erster Schriftführer Robert Behrend, zweiter Schriftführer Jierholz. Als Revisor wurde Baier gewählt, als Kontrollrevisor Plantow und Müller-Wilmersdorf, als Bibliothekar Klingner. Als Kartelldelegierter wurde Jecinski und als dessen Ersatzmann Wilhelm Schmidt gewählt. Die Neuwahl der Agitationskommission wurde vertagt bis der Kongreß der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands stattgefunden hat.

Die letzte Mitgliederversammlung der Schlichter besahte sich zunächst mit dem von einigen Kollegen sowie auch von der Innung erhobenen Protest an die Aufsichtsbekörde, betreffend die Wahlen der Delegierten zur Ortskassenkasse des Fleischergewerks. Hierauf wird die Ersatzwahl des Hauptvorstandes vorgenommen, während die Neuwahl des Vorstandes der Ortsverwaltung erst in der nächsten Generalversammlung vorgenommen werden soll. Als zweiter Vorsitzender für den Hauptvorstand wurde Kesslinke, als Kassierer Krause gewählt. Nachdem sprach Genosse Krause über „Unser zukünftige Agitation am Orte“. Er ist der Ansicht, daß, wenn Berlin auf die Höhe kommen will, eine wirkliche systematische Agitation ein- und durchgeführt werden muß, an der sich jedes Mitglied zu beteiligen habe. Die bisherige Taktik konnte niemals zu einem fördernden Schritte führen. Es sei notwendig, Bezirksversammlungen einzuführen, um das große Agitationsfeld besser zu bewältigen. Densel sprach noch über die gewerkschaftliche Stellenvermittlung und erläuterte, welche Schritte unternommen sind, dieses schädliche System auszuräumen. Auf alle Fälle werde das jegliche Vorgehen nützlich sein. Kesslinke stellte hierauf noch näherer Begründung den Antrag: „Die Ortsverwaltung Berlin solle eine Kassenkarte einführen. Die Höhe des Beitrages soll der Vorstand festsetzen.“ Der Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen.

**Der Verband der Portefeuerer und Lebergalanterarbeiter und Arbeiterinnen (Zahlfstelle Berlin)** hielt am Mittwoch in „Graumanns Festsaal“ eine Generalversammlung ab. Hauptmann erstattete den Bericht der Ortsverwaltung für das vierte Quartal 1905. Er hob hervor, daß mit dem Schluß des vierten Quartals die Zahlfstelle gleichsam ihr fünfjähriges Jubiläum begangen habe. Ein wesentlicher Erfolg sei die im letzten Jahre erfolgte Anerkennung der Organisation durch die Fabrikantenvereinigung und die jetzt vor sich gehende Ausarbeitung des Tarifs. — Nach dem vom ersten Kassierer Hennig gegebenen Kassenbericht wurden im vierten Quartal für die Zentralkasse 2205,85 M. eingenommen, wovon 868,02 M. ausgegeben wurden, so daß für die Zentralkasse ein Bestand von 1337,83 M. verblieb. Die Lokalkasse rechnete einschließlich eines früheren Bestandes von 92,75 M. mit einer Gesamteinnahme von 1442,07 M. und einer Gesamtausgabe von 1087,83 M. Bestand am Quartalschluß: 354,24 M. Die Zahlfstelle hatte beim Beginn des neuen Quartals 508 männliche und 32 weibliche Mitglieder. Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission berichtete ebenfalls Hennig. Es wurden 44 Briefstufenstellungen abgehalten. Die Tarifkommissionen arbeiten mit Ernst am Zustandekommen des Lohntarifs. — Eine andere Regelung der Aufbringung der Mittel für die Agitationskommission, etwa durch Lokalaufschlag zum Beitrag, wurde der Ortsverwaltung zur Vorbereitung überwiesen. Braun als Kassierer der Agitationskommission stellte fest, daß im vierten Quartal einer Einnahme von 58,80 M. eine Ausgabe von 30,45 M. gegenüberstand. Die Versammlung erteilte Braun Decharge.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammenfassung: Hauptmann, 1. Vorsitzender, Görlig, 2. Vorsitzender, Hennig, 1. Kassierer, Krebs, 2. Kassierer, Scheel, 1. Schriftführer, Jaronitsch, 2. Schriftführer, Hoffmann, Laut und Gamberl, Beisitzer. Zu Revisoren wurden Escher und Ladewig gewählt. Für den Verbandsauschuß hatte die Zahlfstelle eine Ersatzwahl vorzunehmen, da das Ausschußmitglied Hahn verstorben ist. Gewählt wurde Schönfeld. In die Agitationskommission wählte man Hennig, Schwalbach, Grundler, Kamp, Scheel, Hecht, Reinhardt, Ehrhart, Alex, Noak, Lewi. Darauf erledigte man noch einige Verbandsangelegenheiten.

Die Mitgliedschaft Berlin II des Hafenarbeiterverbandes hielt am Sonntag, den 14. Januar, im „Königsplatz-Kaffee“ ihre Monatsversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Weppert in der üblichen Weise. Zum ersten Schriftführer wurde Otto Riebe, zum zweiten Riebo gewählt. Dann erhielt Schmidt das Wort zu seinem Bericht als Gewerbeerichtsbekörde. Unter Verbandsangelegenheiten wurden die verschiedenen Anträge der Mitgliedschaften durchberaten, um den Delegierten die Meinung der Mitglieder für den Verbandstag kundzugeben.

### Eingegangene Druckschriften.

**R. Calver.** Das Wirtschaftsjahr 1904. Jahresberichte über den Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Erster Teil: Handel und Wandel in Deutschland. 26 Seiten. Preis brosch. 8,50 M., geb. 9,50 M. Verlag G. Fischer, Jena.

**Althaus.** Eine Kohlenäurevergiftung und sein Wesen, Ursache und Heilung durch Entgiftung des Blutes. Von Dr. med. G. Luba, prakt. Arzt. Verlag G. Ebering, G. m. b. H., Berlin, Mittelstr. 29. Preis 1 Mark.

Von dem von Prof. Dr. Allet und Dr. P. Holtz herabgegebenen illustrierten Werk „Unser Handwerker“ (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt) ist soeben die 16. bis 20. Lieferung (Preis je 60 Pfennig) erschienen.

„Der moderne Jesuskultus“ von B. von Schöneck. 41 Seiten. Frankfurt am Main. Neuer Frankfurt Verlag 1906. Preis 1 Mark.

**Teures Fleisch — billige Seefische!!**

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

**Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“**

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, No. 8904.

**Seefisch-Kochbücher gratis.**

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53  
(am Moritzplatz.) | (im Schlessischen Bahnhof.) | (dor Kurzenstr. gegenüber.)

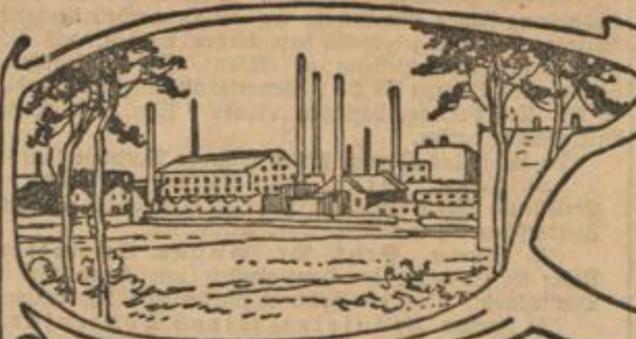
**Seelaachs** mit Kopf  
**Gr. Schellfisch** mit Kopf  
**Kabeljau** ohne Kopf

**28**  
Pfg.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

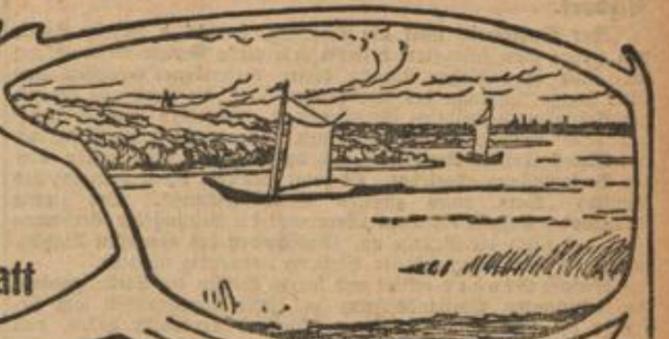






# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 15. Freitag, den 19. Januar 1906.

Inserate Sechsgelaltene Kolonizelle 20 Pfg.  
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Kowales.** Die Protestversammlung am Sonntag, den 21. d. M., findet bei Singer, Priesterstraße 81, statt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Ober-Schönweide.** Die Genossen werden aufgefordert, am Freitagabend 7 Uhr an den bekannten Stellen zu sein zur Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

**Treptow-Baumfchulenweg.** Heute abend, 8 Uhr findet eine Handzettelverteilung zu den am Sonntag stattfindenden Protestversammlungen statt. Die Parteigenossen werden ersucht, hierzu recht zahlreich und pünktlich in den bekannten Stellen zu erscheinen.

Für Treptow wollen sich die Genossen Kieffholzstraße 22 einfinden.

**Tegel.** Der Tegeler Mandolinklub veranstaltet am Sonntag, den 17. Februar im Lokal von Hamsted (früher Ewest) ein Konzert. Es wird versucht, in Arbeiterkreisen Einflüsse dazu abzusehen. Man wolle dieselben zurück, da genanntes Lokal der Arbeiterklasse nicht zur Verfügung steht.

**Friedrichshagen.** Sonnabend, den 20. Januar, abends 9 Uhr, im Saale von Heynid, Friedrichstraße 114: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gerhard Hildebrandt: „Die Sozialdemokratie und die Kirche“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

## Vorort-Nachrichten.

### Eine Extranummer unseres Blattes.

Die Nachrichten über den Verlauf des Wahlrechtssonntages enthält, wird am Montagabend ausgegeben werden. Die Zeitungspediteure werden ersucht, sich um 5 Uhr nachmittags die Zeitungen aus der Expedition abzuholen.

### Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Zwei Fragen des Gesundheitswesens kamen in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten zur Erörterung: die vom Magistrat geforderte Erhöhung der Kurkosten für auswärtige Kranke, die in Berliner Krankenhäusern verpflegt werden, und der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag, die Zahl der Schulärzte so weit zu vermehren, daß jeder Arzt nur zwei Schulen zu versorgen hat.

Die Erhöhung der Kurkosten, die da den Vororten von ihrer „Nährmutter“ Berlin beschert werden soll, hat für die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung weniger ein sanitäres als ein finanzielles Interesse. Daß sie auch für das öffentliche Gesundheitswesen Groß-Berlins von Bedeutung ist, das zeigte unser Genosse Koblenzer, der der Versammlung namens der sozialdemokratischen Fraktion empfahl, die Vorlage des Magistrats rundweg abzulehnen. Die meisten der Vorortbewohner, die in Berliner Krankenhäusern verpflegt werden, sind Kassemittelglieder. Manche Kassemittelglieder der Vororte wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als ein völliger Verzicht auf Benutzung der Berliner Krankenhäuser für ihre Mitglieder. Somit würden in der Kassembalerei Berlins mit den Vororten die Kassemittelglieder die Rolle des Prügelknaben spielen. Koblenzer nannte es eine unehrenhafte Handlungsweise des Berliner Magistrats, daß die den Vororten angedrohten Repressalien ausgerechnet auf dem Gebiete der Krankenpflege beginnen sollen.

Ablehnung der Vorlage empfahlen durch Herrn Ullstein's Mund auch die „Sozial-Fortschrittler“, aber sie erklärten sich von vornherein zu Konzessionen bereit. Sie wollten in die Erhöhung der Kurkosten willigen, wenn wenigstens gewisse Ausnahmen zugestanden werden, z. B. für Vorortbewohner, die in Berlin noch den Unterstufungswohnort haben. Unberühnende Freude über die den Vororten zugedachte Befreiung sprach aus den Ausführungen, mit denen Herr Wallach, der grimmige Vorortfeind, für sofortige Annahme der Magistratsvorlage eintrat. Im weiteren Verlauf der Debatte ergriff auch ein Vertreter des Magistrats, Bürgermeister Reide, das Wort. Herr Reide meinte, die Stadt Berlin könne doch nicht auf Kosten ihrer Steuerzahler Geschenke an die Vororte austeilen. Genosse Singer wies diese lächerliche Uebertreibung gebührend zurück. Die Vorlage wurde dann von der Mehrheit der Versammlung einem Ausschuss übergeben. Herr Landau hatte die Hoffnung ausgesprochen, im Ausschuss werde sich zeigen, daß die Erhöhung der Kurkosten tatsächlich unnötig sei. Wir fürchten, der Ausschuss wird mit Herrn Wallach's Hilfe zu dem entgegengesetzten Ergebnis kommen.

Einem Ausschuss wurde auch der Antrag auf Vermehrung der Schulärzte überwiesen. Daß sehr viel mehr Schulärzte angestellt werden müssen, wenn die schulärztliche Aufsicht nicht eine Halbheit bleiben soll, das wurde von unserem Genossen Wehl nachgewiesen an der Hand des amtlichen Berichtes über die Tätigkeit der Schulärzte. Der Magistratsvertreter Stadtrat Hisekorn behauptete fälschlich, dieser Bericht zeige gerade, daß die bisherige Einrichtung sich bewährt habe. Eine „vermittelnde“ Stellung nahm die „Neue Linke“ ein, die in einem von ihr eingebrachten Antrag nur eine „ständige Vermehrung“ der Schulärzte empfahl. Herr Perls, der diesen Antrag vertrat, hält die Forderung „jedem Arzt nur zwei Schulen“ für unerreichbar. Mit ähnlichen Redensarten haben vor Jahren die Berliner Freisinnigen sich dagegen erklärt, daß überhaupt eine ärztliche Untersuchung und Überwachung der Gemeindefunktionäre eingeführt werde.

### Charlottenburg.

**Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung.** In der Sitzung vom Mittwoch wurde zunächst der neue Stadtbaurat für den Hochbau Prof. Otto Schmalz in sein Amt eingeführt. Nach Erledigung einiger Petitionen nahm die Versammlung einen Antrag Mann u. Gen. an, den Magistrat zu ersuchen, alle Zahlungen, welche für Lieferungen usw. seitens der Stadt zu leisten sind, möglichst im Wege des Reichsbank-Giro-Verkehrs zu erledigen und mehr wie bisher sich der Charlottenburger Reichsbankniederstelle zu bedienen. Von den Magistratsvorlagen, die fast debattelos genehmigt wurden, erwähnen wir die betreffende Nachbewilligung für nochträglich ausgeführte bauliche Arbeiten und Ergänzungen am Rathausneubau betreffend Nachbewilligung von 66 737 M. für den Armenrat für 1906 betreffend Umgegendung der vom Fortifikations erworbenen Teile der Jungfernsheide und betreffend Verpachtung der Erhebung des Stättgeldes auf den Wochen- und Stammmärkten an den bisherigen Pächter auf weitere drei Jahre. Soviel Zeit wird noch mindestens bis zur Eröffnung der Zentralmarkthalle vergehen.

Mit der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung über die Einrichtung von Spielplätzen für die Jugend hat der Magistrat sich einverstanden erklärt. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wurden die Genossen Dr. Vorchardt und Dr. Zeppler in die Deputation entsandt.

Aus Bauarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Wie notwendig sich eine ständige Baukontrolle behufs Überwachung der Unfallverhütungsvorrichtungen erweist, zeigte gestern wieder ein schwerer Bauunfall auf dem Bau des Unternehmers A. Schrobsdorff auf dem früheren Bartenbergischen Terrain. Auf dem in Betracht kommenden Neubau waren die Zimmerer beschäftigt, in der zweiten Etage die Balken zu legen. Bei dem wiederfallenden Regen waren die Balken wohl schlüpfrig geworden, als kurz nach der Mittagspause ein Zimmerer plötzlich ausglitt und abstürzte. Da an der Stelle kein Schuttdach vorhanden war, so fiel er auf die unten liegenden Marmotten und Holzabfälle auf und blieb bestunntungslos liegen. Arbeiter hoben ihn auf und schafften ihn auf einer primitiv zuericht gestellten Bahre nach der nächsten Unfallstation, anscheinend hatte er schwere innere Verletzungen erlitten.

Wenn wird man es endlich für notwendig halten, den Forderungen der Bauarbeiterorganisation Rechnung zu tragen und Baukontrollbeamte aus den Kreisen der Arbeiterklasse anzustellen, wodurch allein die Durchführung der Unfallverhütungsvorrichtungen garantiert und solche Unfälle auf ein Minimum beschränkt werden können. Eine stamme Organisation könnte wohl dafür Sorge tragen, daß die Anbringung von Schuttdächern kategorisch gefordert wird. Eine nach geschehenem Unglück eingeleitete hochnotpeinliche Untersuchung des Todesfalles kann den Unglücksfall nicht mehr ungeschehen machen, denn damit ist in der Regel die Tätigkeit der in Frage kommenden polizeilichen Organe zumisch erschöpft.

Die hiesige Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in der am Montag, den 15. d. Mts. stattgefundenen Versammlung, zu welcher auch die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften eingeladen waren, mit den Vorarbeiten zu den am 20. Januar stattfindenden Gewerkschaftswahlen. Vorher gab Genosse Jost den Kasfenbericht vom vierten Quartal 1905, welcher für richtig anerkannt wurde. Genosse Fleming machte dann Mitteilung über die vom Ausschuss der Kommission getroffenen Vorkehrungen in bezug auf die Verteilung der von den verschiedenen Gewerkschaften aufgestellten 18 Kandidaten auf die 8 bestehenden Wahlbezirke und erläuterte den Plan, nach welchem am Tage der Wahl gearbeitet werden soll. Zu den Wahlen soll vorher ein Flugblatt herausgegeben werden, dessen Verteilung am Mittwoch, den 14. d. M., erfolgen soll. Weiter finden zwei öffentliche Versammlungen statt, in denen die Genossen Jost und Reichstags-Abgeordneter Köhler über die Bedeutung der Gewerkschaftswahlen sprechen werden. Die Hauptfrage sei, dahin zu wirken und zu agitieren, daß die Beteiligung an diesen Wahlen eine viel stärkere werde als wie die vor zwei Jahren; denn jene Zahl der Wähler stehe in keinem Verhältnis zu der Zahl der organisierten Arbeiter am Orte. Die Versammelten erklärten sich mit dem vorgelegten Plane des Ausschusses einverstanden und befürworteten eine energische Agitation zu den Wahlen. — Nunmehr kam man zu der schon in der letzten Sitzung besprochenen „Vorwärts“-Angelegenheit. Genosse Fleming bemerkte, daß für die Gewerkschaften Charlottenburgs die Angelegenheit insofern erbedigt sei, als die vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung des Charlottenburger Wahlvereins einer Resolution zustimmte, in der eine bessere Ausgestaltung der Vorortbeilage des „Vorwärts“ verlangt und vor der Gründung eines Lokalblattes gewarnt wurde. Man müsse sich deshalb mit einer abwartenden Stellung begnügen. Den Gedanken, der in den Bezirksitzungen des Wahlvereins sowie bei sonstigen Gelegenheiten stark zum Ausdruck gebracht wurde, falls sich die Verhältnisse in bezug einer besseren Würdigung der Charlottenburger Vorkommnisse im „Vorwärts“ nicht bessern, dann ein eigenes Lokalblatt zu gründen, hatten die Gewerkschaften weitergesprochen, weil die Gewerkschaften ebenfalls lebender Teil an der Sache seien. Deshalb man jetzt die Gewerkschaften resp. Gewerkschaftskommission als die Uebelthäter in dieser Angelegenheit ansehe und sogar von Parteiberat rede, könne er nicht begreifen. Einige Redner, unter anderen Genosse Gebert vom Handels- und Transportarbeiterverband, der Klagen über Abweisung von Berichten vorbrachte, schlossen sich den Ausführungen Flemings an und hofften auf eine befriedigende Lösung dieser Frage zum Wohle der Partei- und Gewerkschaftsbewegung am Orte. Eine längere Debatte zeitigte noch das Verhalten der Gastwirtschaften betreffs Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in einem von der Arbeiterklasse gesperrten Lokal. Sie denken dadurch, indem sie ein solches Lokal in Anspruch nehmen, den indifferenten Teil ihrer Kollegen zur Versammlung zu locken, weil jene in ein freies Lokal, z. B. ins „Volkshaus“ nicht gehen. Dieses Verhalten wurde von allen Rednern stark kritisiert und gewünscht, in Zukunft unsere freien Lokale zu berücksichtigen. Anmerkung des Berichterstatters: Die Gastwirtschaften haben die betreffende Versammlung, die am 16. d. M. in einem gesperrten Lokale stattfinden sollte, vertagt und wird dieselbe nächste Woche in einem der Arbeiterklasse zugänglichen Lokal abgehalten werden. Sämtliche Gewerkschaften waren in der Versammlung vertreten.

**Zusammenstoß zweier Automobile.** Gestern mittag wollte die Gattin des in der Reinekestr. 20 wohnenden Kunstmalers Müller-Cassel sich in einer Automobilrosche nach ihrer Wohnung begeben. In der Hiltzstraße, in der Nähe des Tiergartens, verlor sie vermutlich die Steuerung der Kraftrosche und das Gefährt fuhr in ein entgegenkommendes Automobil hinein. Bei dem Zusammenstoß fiel Frau Müller-Cassel gegen das Fenster

der Droschke und zog sich einen Bruch des Nasenbeins und eine drei Zentimeter große Wunde auf der rechten Wange zu. Auf der Unfallstation Zoologischer Garten, wohin sich die Dame in einer anderen Droschke begab, erhielt sie den ersten Verband und konnte sich dann nach ihrer Wohnung begeben. Die Insassen des anderen Automobils kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

### Schöneberg.

**Zu den Gewerkschaftswahlen.** die morgen — Sonnabend — stattfinden, nahm am Dienstag eine vom Schönberger Gewerkschafts-fortartell einberufene öffentliche Versammlung Stellung. Es handelte sich zunächst um Aufstellung von Kandidaten. Nach einem von guter Sachkenntnis zeugenden Vortrage des Genossen Ritter, in welchem er die Bedeutung der Gewerkschaftswahlen für die Arbeiterklasse und ihre Kampfanwendung für dieselbe eingehend darlegte, wurde zur Nominierung der Kandidaten geschritten und die gesamte, vom Gewerkschaftsfortartell aufgestellte Liste en bloc einstimmig akzeptiert. Es laudieren:

- im ersten Bezirk: Arbeiter Rosenz, Gärtner Karstner;
- im zweiten Bezirk: Püper Junke, Metallarbeiter Reiter;
- im dritten Bezirk: Maurer Puhlmann, Tischler Linner;
- im vierten Bezirk: Schneider Kleemann, Stukateur Warbin;
- im fünften Bezirk: Hausdiener Draheim, Zimmerer Rosenow, Schuhmacher Rinke;
- im sechsten Bezirk: Köpfer Hinneburg, Maler Reigel.

Auf Einladung der sozialdemokratischen Wahlkomitees hatte am Montag eine Zusammenkunft der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeitgeber stattgefunden, um sich auch ihrerseits an der Gewerkschaftswahl zu beteiligen. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Gabriel, des einzigen sozialdemokratischen Arbeitgeberbevollmächtigten, wurden folgende Personen zu einer gemeinsamen Liste vereinigt:

- 1. Mechaniker Gabriel, 2. Blättnermeister Wagner,
- 3. Restaurateur Krüger, 4. Friseur Wenzel, 5. Tischlermeister Hoffmann, 6. Kohlenhändler Hein, 7. Milchhändler Wartenberg, 8. Restaurateur Schilling, 9. Fabrikarbeiter Wobniat, 10. Graveur Peterson, 11. Mechaniker Fleischer, 12. Friseur Wahnien, 13. Restaurateur Doh.

Die Wahlen der letzteren finden im „Schwarzen Adler“, Hauptstr. 184, von nachmittags 2 1/2 bis 5 1/2 Uhr statt und ist zur Beteiligung ein polizeilicher Ausweis über die Arbeitgeber-Qualifikation erforderlich. Dieselben werden von den betreffenden Revieren ausgestellt.

Da die bürgerlichen Gegner im geheimen alles aufbieten, um den einzigen sozialdemokratischen Arbeitgeber-Vertreter herauszubringen, so könnte ihnen nicht besser geantwortet werden, als wenn unsere Genossen, die zur Stimmgabe berechtigt sind, Mann für Mann für die sozialdemokratische Liste ihre Stimme abgeben. Darum auf zur Wahl am Sonnabend, den 20. Januar!

### Lichtenberg.

In der am 16. Januar abgehaltenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins gab Genosse Brühl den Bericht von der Verbands-Generalversammlung. Diskussion fand nicht statt. Die Wahlen der örtlichen Kommissionen, die wegen vorgerückter Zeit in der vorigen Generalversammlung vertagt werden mußten, ergaben folgendes Resultat: Es wurden gewählt in die Zeitungskommission: Bell, Wachs, Pentzsch, Grüt; Bibliothekskommission: Ewers, Karl Schulze, Schmidt; Lokal-kommission: Elias, Bloh, Wilh. Schmitz; in die Ver-gütungskommission neu gewählt: Ribus und Wachs. Als Abteilungsleiter wurden bestätigt für die 1. Abteilung (Wilhelmsberg): Köhler, 2. Köhler, 4. Kertinger, 5. Klepe und für die 6. Abteilung Szejnidy; als Bezirksleiter und zwar für den 1. Bezirk: Wehr, 2. Körber, 3. Thomas, 6. Heine und für den 12. Schmidt. Gegen den Vorstand und speziell den ersten Vorsitzenden wurden in recht scharfer Form Bedenken geltend gemacht, dieselben sollen durch die zuständige Instanz ihre Erzielung finden. — Zu dem zwischen dem Weitzer der „Nachfälle des Offens“ und der Reorganisation ausgebrochenen Konflikt Stellung zu nehmen, wurde mit Rücksicht auf die neu angebahnten Ausgleichsverhandlungen vorläufig abgesehen. — Die Väterausgabe findet in der „Vorwärts“-Expedition, Kronprinzenstr. 50, Mittwoch und Sonnabend in der Zeit von 7-9 Uhr abends statt. — Wir machen unsere Genossen auf die Anfang März in Aussicht stehenden Gewerkschaftswahlen aufmerksam. Für die Arbeitnehmer kommen acht Bezirke in Frage. — Die Genossen mögen nicht verkümmern, die jetzt ausliegenden Gemeindefunktionäre einzusehen. Wer nicht in der Liste steht, geht für das laufende Jahr seines Wahlrechts verlustig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch im März für die dritte Wähler-kasse die Wahl für das noch vakante Hausbesitzermandat aus-geschrieben wird. Mögen sich die Genossen also vor Verlust des Wahlrechts hüten. Jeder sehe die Listen ein.

Das Rote Haus reicht für die riesig anwachsende Gemeinde und den damit verbundenen Geschäftsverkehr nicht mehr aus; schon jetzt müssen die Bureaus der Gas- und Wasserwerke in Mieträumen untergebracht werden. Einen Ausbau an das bestehende Rathaus lehnte die Baukommission ab und ersucht das Bauamt um eine Vorlage für ein Geschäftshaus mit Sitzungs-saal für die künftigen Stadtverordneten.

Ein Millionenprojekt wird demnächst die Gemeindebehörden beschäftigen! Etwa 8 Millionen Mark Kosten dürfte ein Entwässerungsprojekt verursachen, das die Regenwasserleitung von der Schwemmanalation unabhängig machen und eine planmäßige Entwässerung auch bei vollbedautem Gemeindebezirk ermöglichen soll. — Mit der Erbauung einer weiteren Gemeindefunktion wird noch in diesem Frühjahr in der Scharnweberstraße an der Jungstraße begonnen werden. Zum ersten Male wird am Orte die Turnhalle ins Schulgebäude selbst eingebaut werden. Nach Fertigstellung der Schule werden dann 10 Gemeindefunktionen vorhanden sein. Die Zahl der im Gemeindefunktion stehenden Lehrkräfte hat 140 erreicht und muß in diesem Jahre eine beträchtliche Vermehrung erfahren.

Auch für den Ortsteil Lichtenberg-Ost soll demnächst ein Schulbau in Frage kommen, während das Stiefkind der Gemeinde, der Ortsteil Wilhelmsberg, sich auch in Zukunft mit unzulänglichen Miet-räumen begnügen soll.

Das Gewerbegericht wird in den nächsten Wochen zur Ersay- und Ergänzungswahl seiner Besitzer aufrufen. Zu wählen sind acht Arbeitnehmer und acht Arbeitgeber. Ein Wahlaufruf, dem neben vier Arbeitgebern auch die Arbeitnehmervertreter Bell, Pentzsch, Kruse und Graf angehängt, ist bereits gewählt. Die Gewerkschaften werden die Vorbereitungen zu treffen haben.

